

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 2. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inertions-Gebühr
berührt für die sechsgehaltene Kolon-
zeile oder deren Raum 10 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stet-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlo-
ß-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Reise Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 RM pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Preisband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Staatsstreichsgeheul.

Herr Raumann hat mit seinem gestern von uns kurz
gewürdigten Artikel im „Berl. Tageblatt“ bei allen offenen
oder versteckten Anhängern des Klassenwahlrechts begreiflicher-
weise heftige Entrüstung hervorgerufen. Es ist weniger die
Erklärung Raumanns, auf die wir das Hauptgewicht legen,
daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen die
„Lebensfrage des Blocks“ bilde, als dieser oder jener unserer
Erachtens mehr untergeordnete Punkt der Aus-
führungen Raumanns, der die offenen oder verkappten
Reaktionäre in Harnisch bringt.

Wir haben die Ausführungen Raumanns über die
Wege, die zur Erämpfung des allgemeinen gleichen direkten
und geheimen Wahlrechts auch für Preußen seiner Meinung
nach gangbar sind, gestern außer Betracht gelassen. Handelte
es sich dabei doch nur um allerhand diplomatische Er-
wägungen, wie der Freisinn mit Hilfe der Regierung,
speziell Bülow's, das Dreiklassenwahlrecht beseitigen könne. Uns
jedoch kam es weniger auf die mehr als zweifelhafte
Billfährigkeit des Reichstanzlers an, das Reichstagswahlrecht
in Preußen durchzuführen, als auf die Feststellung, daß
die Freisinnige Vereinigung durch Herrn Rau-
mann sowohl, wie die Freisinnige Volkspartei
durch ihr führendes Organ, die „Freisinnige Zeitung“,
erklären ließen, daß „heute einfach gefordert“ werden müsse:
„Das Reichstagswahlrecht für Preußen!“ Diese prinzi-
pielle Festlegung enthält auch die für den Freisinn ein-
zuschlagende Taktik in dem Kampf ums Wahlrecht, ob mit
oder gegen die Blockverbündeten, ob mit oder
gegen Bülow.

Diese freisinnige Stellungnahme hat natürlich nicht den
Beifall der Reaktionäre gefunden. So schreibt die „Deutsche
Tageszeitung“:

„Daß Herr Raumann das Reichstagswahlrecht rund und glatt
auf die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause übertragen
will, ist nicht weiter auffällig, aber immerhin höchst kurz-
sichtig, denn der Linkliberalismus würde dabei auf die Dauer
nichts gewinnen, sondern nur für eine kurze Uebergangszeit der
Schrittmacher und Platzhalter für die Sozialdemo-
kratie sein.“

Auch die Nationalliberalen wollen selbstverständ-
lich vom Reichstagswahlrecht für Preußen nichts wissen. Die
„Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt:

„Sollte nun wirklich das Wert der preussischen Wahlrechts-
reform dadurch gefördert werden, daß man den Gedanken der
Wahländerung eine Form gibt, die den Mitgliedern der
oberen Wahlkörperklassen und den unter ihrer Mit-
wirkung gewählten Abgeordneten zum sehr großen
Teile von vornherein als unannehmbar erscheint?“

Auch der „Hannoversche Kurier“ bezeichnet ohne
weiteres das Begehren der Einführung des Reichstagswahl-
rechts für Preußen als „unerfüllbar“.

Die konservative Presse begnügt sich nun aber nicht
damit, die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts
für Preußen einfach für indiskutabel zu erklären, sondern ihr
bietet der Artikel Raumanns den Anlaß, über die Staats-
streichsgeheul dieses freisinnigen Abgeordneten in sittliche
Entrüstungskämpfe zu geraten, wobei bei der „Deutschen
Tageszeitung“ ein Teil dieser Entrüstung sich auch auf das
Haupt des „Vorwärts“ entlädt. So schreibt die „Deutsche
Tageszeitung“:

„Der „Vorwärts“ macht sich das Vergnügen, darauf hinzu-
weisen, wie sich die Anschauungen Raumanns seit einigen Monaten
geändert haben. Er ist aber mit diesem Meinungswandel sehr
zufrieden und spricht deshalb Herrn Raumann seine Anerkennung
aus. Diese Anerkennung hat er auch redlich verdient. Aber es
ist doch fast das stärkste Stück, wenn das sozialdemokratische
Zentralorgan einem Politiker Anerkennung zollt, der eine
energische Wahlmache der Regierung und schließlich
den Staatsstreich fordert.“

Welches nun sind die verruchten Staatsstreichforderungen
des Herrn Raumann? Herr Raumann schrieb:

„Wie nun ist es denkbar, daß ohne Gesetzesverletzung das
preussische Wahlrecht grundsätzlich geändert wird? Es gibt zwei
Wege. Der eine Weg geht von der Reichsverfassung aus. Da
nach § 2 der Reichsverfassung Reichsgesetze den
Landesgesetzen vorgehen und da der Reichstag im Zu-
sammenhange mit dem Bundesrat den verfassungsmäßigen Um-
kreis seines Einflusses festzusetzen und über § 4 hinaus auszu-
dehnen in der Lage ist, so ist es möglich, daß mit Hilfe einer
neuen Reichsverfassungsbestimmung ein Mindestmaß politischer
Rechte für die Bundesstaaten vorgeschrieben wird. Diese Methode
des Vorgehens ist wiederholt bei Besprechung der medlen-
burgischen Verfassungsfrage erwähnt, aber bisher von der
Reichsregierung stets abgelehnt worden. Daß sie aber an
sich möglich ist, kann schwerlich bestritten werden. Wenn
Preußen im Bundesrat diese Art des Vorgehens wünscht,
würde sich mit Hilfe der Süddeutschen sofort eine hinreichende
Majorität dafür finden lassen, und im Reichstage ist die
Majorität hierfür bereits vorliegend. Es gibt also für den Not-
fall stets ein letztes Mittel, um die innerpreussischen Schwierigkeiten
zu überwinden, aber es liegt auf der Hand, daß der Reichstanzler
dieses letzte Mittel erst dann anwenden wird, wenn der andere
und näherliegende Weg sich als ungangbar erwiesen hat. Dieser
Weg aber heißt: Herstellung eines anderen Wahlrechts mit Hilfe
der preussischen Gesetzgebung.“

Nachdem die Wahlrechtsänderungen in Bayern, Württemberg
und Baden auf dem Wege der Landesgesetzgebung durchgeführt

worden sind, und nachdem auch für das Großherzogtum Hessen
ein schon ziemlich weit vorgeschrittener Versuch vorliegt, kann
man sich ein ungefähres Bild vom Gange derartiger Ver-
handlungen in Preußen machen, nur daß hier die Gegen-
kräfte unergleichlich viel stärker sind. Es versteht sich
von selbst, daß ein Sieg von heute auf morgen
ausgeschlossen ist. Während nämlich in Bayern die herrschende
Partei (das Zentrum) beim neuen Wahlrecht zu gewinnen
hoffte und mit Hilfe der Wahlkreiseinteilung auch wirklich
gewonnen hat, und während in den anderen süddeutschen
Staaten die Parteiverhältnisse zwar nicht unbedingt, aber
auch nicht unbedingt sicher waren, so steht in Preußen
von vornherein das eine fest, daß jede liberale Wahlrechts-
änderung, auch wenn sie sehr „gemäßigt“ sein sollte, eine
Verringerung konservativer Macht bedeutet. Für eine Wahlrechts-
änderung haben sich mit allerlei Vorbehalten und Einschränkungen
Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum ausgesprochen. Die
Deutschkonservativen, oder in diesem Falle die Preussischkonservativen,
aber sind vom ersten Tage an entschlossene Gegner. Schon heute
wird heimlich und öffentlich alles getan, um die Wilsoischen Ge-
danken noch vor der ersten amtlichen Ankündigung zu ersticken. Es gibt
Konferenzen in der Regierung, im Herrenhause und im Ab-
geordnetenhause in Halle und sie wissen, wie man Politik macht.
Gegen diese heimliche und offene Front kann der Reichstanzler
nur dann etwas erreichen, wenn er von vornherein offen an das Volk
appelliert. Er muß die nächste Landtagswahl mit
einer klaren Wahlrechtsparole führen. Will er das nicht,
dann ist sein Spiel verloren. Wenn er die Landtagswahlen in bis-
heriger Art sich vollziehen läßt, so fehlt ihm der Hintergrund
eines Volksvotums, ohne das er die zahllosen Hemmnisse nicht
überwinden wird. Er muß schon jetzt auf eine Auflösung
des Landtages mit neuer Wahlparole hinarbeiten. Man
kann das ganz offen sagen, weil es so sehr auf der Hand liegt,
daß alle politikdenkenden es längst wissen. Die Auflösung,
die in der Monatsfrage versäumt wurde, muß jetzt nachgeholt
werden. Geknickt das nicht, so helfen alle „generellen Er-
klärungen“ gar nichts.

Eine preussische Landtagsauflösung kann, wenn sie richtig
gemacht wird, sehr gut glücken. Dazu gehört freilich, daß mit
dem Beamtenurlaub vom 4. Januar 1882 Ernst gemacht wird.
Dort heißt es:

„Es liegt mir fern, die Freiheit der Wahlen zu be-
einträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der
Ausführung meiner Regierungsaufträge betraut sind und des-
halb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz entbunden
werden können, erstreckt sich die durch den Dienst-
eid beschworene Pflicht auf die Vertretung
meiner Regierung auch bei den Wahlen.“
Diese wichtige Waffe, die sich Bismarck seinerzeit im Kampfe
gegen links geschmiedet hat, liegt im Zeughaus der preussischen
Regierung und kann ein gewaltiges Mittel in Bülow's Händen
werden. Sie kann es! Mehr läßt sich nicht sagen, denn die
psychologische Frage, ob der Wille des Nachfolgers Bismarck's
stark genug ist, eine solche Waffe zu gebrauchen, ist eine offene
Frage.

Es ist eine offenkundige Tatsache, daß heute der Beamten-
apparat vielfach der konservativen Partei behülftlich ist. So-
lange dieser Zustand dauert, wird es schwer sein, einen Landtag
der Reformen herbeizuführen. Dieser aber ist die erste Vor-
bedingung der Bülow'schen Wahlrechtspläne. Und wenn der
Landtag erneuert ist, und wenn in ihm eine Majorität für
einen Regierungsentwurf zustande gebracht wird, so bleibt noch
immer das Herrenhaus, diese Stachel des Rücktritts.
Ursprünglich hat in der Verfassung gestanden (§ 51), daß auch
das Herrenhaus aufgelöst werden kann. Dieser Satz ist formell
nicht aufgehoben, es ist aber nach der Verordnung über Bildung
der ersten Kammer von 1854 sehr zweifelhaft, ob er noch zu
Recht besteht. Diese Verordnung ist die letzte, stärkste Ver-
anlassung der konservativen Herrschaft selbst dem Könige gegen-
über. An ihr muß irgendwem in ihrem Verlaufe die Wahl-
rechtsbewegung zum Stehen kommen, und dann erweitert sich
der Wahlrechtskampf zum Kampf um das Oberhaus, wie es
auch in Hessen geschehen ist. Die Regierung muß die
Fesseln abreißen, die sie sich selbst vor
fünfzig Jahren in übergroßer Angst über ihre
Hände gelagert hat.“

Das soll also Staatsstreicherei sein! Und was wird von
der Regierung gefordert? Die Landtagsauflösung
und der Appell an die Wähler. Wenn nun Herr
Raumann auch der Regierung zumutet, daß sie den ehedem
gegen den Freisinn gerichteten Bismarck'schen Be-
amtenurlaub nun gegen die Rechte anwenden solle, so
gibt diese Forderung heute selbst das „Berliner
Tageblatt“ flüchtig preis. Es versteht sich vollends
am Hande, daß erst recht die Sozialdemokratie eine solche amtliche
Wahlmache unter allen Umständen verurteilt, selbst wenn es sich dabei
um politische Möglichkeiten und nicht um imaginäre Hirngespinnste
handelte. Es ist deshalb auch eine freche Unterstellung der
„Germania“, zu behaupten, daß der „Vorwärts“ gerade
dieser Zumutung Raumanns an Bülow wegen Herrn Rau-
mann seine Anerkennung ausgesprochen habe. Haben wir
doch gestern diese höchst bedenkliche Auslassung Raumanns gar
nicht erwähnt!

In einem Appell an die Landtagswähler
und einem Konflikt mit der preussischen Pairs-
kammer aber würde natürlich die Sozialdemokratie nicht
den geringsten Anstoß nehmen. Diese selbst von
Treitschke schon vor 35 Jahren als totes Glied verhöhrte Er-
findung des kranken Preußenkönigs Friedrich Wilhelms IV.
müßte selbstverständlich fallen! Nicht nur wegen ihres Wider-
standes gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht, sondern über-
haupt wegen ihrer absoluten Unverträglichkeit mit einer
parlamentarischen, demokratischen Regierungsform. Wenn die
Junter sich deshalb über unsere Staatsstreichgeheul entrüsten,

so entgegnen wir ihnen einfach, daß das gegenwärtige Drei-
klassensystem ja überhaupt nur einem schänden Staatsstreich-
seine Existenz verdankt. Auch sind ja gerade die Konser-
vativen im Punkte des Staatsstreichs niemals
zimperlich gewesen. Erklärte doch, um nur eins von
vielen Beispielen zu zitieren, Graf Mirbach am 28. März 1895
im Herrenhause:

„In allen ländlichen Kreisen und weit über diese hinaus
würde es mit Jubel begrüßt werden, wenn die verbündeten
Fürsten sich dazu entschließen, einen neuen Reichstag
auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben treten zu lassen
(Sehr richtig! Zustimmung!) und zwar unverzüglich. . . .“

Die zu lösende Aufgabe ist schwierig; aber auf keinem
Gebiete wäre das Wort „zu spät“ verhängnisvoller als hier;
es würde gleichbedeutend sein mit dem Zutrummergehen des
Deutschen Reiches. . . . Alexander der Große stand auch
vor einer schweren Aufgabe und löste sie sehr schnell. . . .“

So viel über die heuchlerische Entrüstung unserer staats-
streichklüsternden Junter.

Aber die ganze Frage liegt, um von vornherein keinerlei
Täuschungen aufkommen zu lassen, gar nicht so, als ob
von dem Intimus des Herrn Liebert, dem
„agrarischen“ Kanzler eine wirkliche Wahl-
reform und auch nur die leiseste Unterstützung
eines Wahlrechtskampfes zu erwarten wäre.
Die Sache ist vielmehr einfach die, daß es alle redlich
meinenden demokratischen Elemente auf den Kampf gegen die
Reaktion antworten lassen müssen! Nur der Appell an das
Volk und der entschiedenste Kampf vermögen die preussische
Junterfeste der Reaktion zu erschüttern!

Der Freisinn muß sich deshalb beizeiten mit der Preis-
gabe seiner Blockstellung vertraut machen. Aber er hat es
dabei in der Hand, dem vom Juntertum von neuem in Aus-
sicht genommenen ultramontanen Blockverbündeten jede
Teufelsmehetelei und jeden Volksverrat un-
möglich zu machen. Die „Germania“ erklärte sich
ja erst letzter Tage in einer Polemik gegen den National-
liberalismus für die Einführung des Reichstagswahlrechts für
Preußen. Man braucht das Zentrum nur ernstlich beim
Wort zu nehmen, um es zum Mittun zu
zwingen. Dann ist die Reaktion einfach vor die Frage
gestellt, entweder im Reichstag und Landtag überhaupt
matt gesetzt zu werden, oder die vom Volke ge-
wünschten Konzessionen machen zu müssen!

Die Kriegsgefahr in Kamerun.

Ueber die Lage in Kamerun bringt die „Adm. Volksztg.“
einen interessanten Artikel, in dem es heißt:

„Der Herd der Unruhen sind die Adamaualänder,
welche mit Mohammedanern und Heiden bevölkert sind, und
sich bis zum Tschadsee hin erstrecken. Deutschland, England und
Frankreich teilen sich in diese Gebiete. Der Verkehr von Nordost-
Kamerun mit der deutschen Küste ist sehr minimal; er besteht so gut
wie nicht. Zwischen der Küste und dem höher gelegenen Hinterlande
schiebt sich nämlich ein dichter Urwaldgürtel von 50—60 Kilometer
Breite, dessen Durchschneidung nur unter unglücklichen Umständen
an Gut und Blut möglich ist. Die deutsche Herrschaft hat sich daher
auch lange Jahre auf die Küste beschränkt; erst 1903 machte
Gouverneur v. Pattkammer in die Gegend eine Reise und er-
richtete sogenannte Residenturen. Die Macht der Deutschen ist in
diesem Gebiete eine sehr geringe; es befinden sich nur drei Kom-
pagnien Schutztruppen in dem unermesslich weiten Gebiete; diese
sind mit zwei Maschinengewehren und zwei Schnellfeuerkanonen
ausgestattet und teilweise nicht an einem Standorte vereinigt.
Die 4. Kompanie befindet sich in Banjo (über 320 Kilometer
südlich von Garua, dem Herde der Unruhen), die 7. Kompanie
ist in Garua und ein Posten in Njadsche (160 Kilometer hier-
von) entfernt; die 8. Kompanie ist an den Ufern des Tschadsee
zerstreut in Kasser, Dika, Dongar, Rilte und Naniing. Stationen,
die teilweise 320—500 Kilometer und mehr von Garua entfernt
sind, welche aber der Resident von Garua um Hilfe und Ver-
ständigung über ein gemeinsames Vorgehen gebeten hat. Die
Offiziere und Unteroffiziere dieser Schutztruppen sind Deutsche,
die Mannschaften sind Kameruner. Von der Küste her ist eine Ver-
stärkung so gut wie ausgeschlossen; der nächste Weg führt durch
Britisch-Nigeria auf dem Niger und teilweise schiffbaren Venue
nach Zola, dem bedeutendsten Handelsplatz in Adamaua, der sich
aber im Besitz der Engländer befindet. Das in Betracht
kommende Gebiet zählt nach verschiedenen Schätzungen 5 bis
6 Millionen Einwohner, es kann mit Leichtigkeit 100 bis
150 000 Krieger stellen, die alle gut bewaffnet
und teilweise sehr gut beritten sind. Man hat es
also hier mit einem nicht zu unterschätzenden Gegner zu tun. Als
im Jahre 1903 Pattkammer nach Garua kam, stellten sich die
83 Adamauafürsten mit 6000 Reitern zur Begrüßung
ein; in Dika aber hatte ein Sultan allein 6000 Krieger in
Parade aufgestellt. v. Pattkammer berichtete damals: „Ich habe
die sichere Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierung bei
ruhiger und gerechter Behandlung sich auf die
Leute fest verlassen kann, und daß Adamaua ohne
jedes militärische Machtmittel dauernd in
unserer Hand ist.“ Er schloß mit dem Vorschlage, zwei Re-
sidenturen zu errichten, was geschah, und meinte weiter:
„Regiert soll nicht werden, sondern dies den
einheimischen Herrschern überlassen bleiben,
denen der Resident als Schlichter und Ratgeber zur Seite
steht. Auch die Exekutive kann man den Fürsten getrost
überlassen, so daß eine Kompanie im Tschadseegebiet als
Garnison genügt. Adamaua braucht lediglich eine Polizeistation
für den Residenten. Kriegerische Verwicklungen sind für absehbare
Zeit ausgeschlossen. Voraussetzung hierfür ist allerdings sehr
sorgfältige Auswahl der Persönlichkeiten.“

Und nun haben wir den Anfang eines Aufstandes. Da muß man in der Tat sagen: weshalb? Regierungsfreundliche Blätter sprechen davon, daß eine religiöse Bewegung der Mohammedaner die Ursache sei; das erscheint kaum glaublich; denn einmal ist die christliche Mission noch gar nicht in diese Gegend eingedrungen und dann hat sich die deutsche Regierung gerade hier sehr auf die Seite der Mohammedaner gestellt und die Freireligiosen gegen die heidnischen Bergvölker unterstützt. Da hätten doch die Mohammedaner gar keinen Anlaß, gegen die Deutschen vorzugehen. Sind vielleicht von deutscher Seite aus Hebergriffe gemacht worden, und war man in der Auswahl der Personen wieder einmal unglücklich? Bestimmte Nachrichten liegen nicht vor; aber es muß daran erinnert werden, daß der freisinnige Abg. Ablas am 15. Dezember 1905 gegen den in den Adamauländern tätig gewesen und daselbst ermordeten Hauptmann Thierrich schwere Anklagen erhoben hat; er teilte damals mit, daß Hauptmann Thierrich „den Vater eines Jünglings der katholischen Mission in Lome, der sich aus Angst vor Thierrich auf einen Baum geschichtet hatte, einfach von dem Baume heruntergeschossen hatte“. Diese Anklage war schon früher dem Reichskanzler zugeföhrt worden, ohne daß er, wie es scheint, eine Untersuchung veranlaßt hätte. Der freisinnige Abgeordnete Ablas aber hat noch weiter die Anklage erhoben, daß Thierrich „Eingeborene wie Wild nieder-geschossen haben soll, und daß er wegen seiner Grausamkeiten in dem ganzen Schutzgebiet be-rächtigt gewesen ist“. Die Antworten von amtlicher Seite waren sehr matt; sie gipfelten in dem Satz, daß nach Thierrichs Tode eine Weiterverfolgung sich erübrigt habe, welche Ansicht wir nicht teilen können. Derselbe freisinnige Abgeordnete Ablas sprach auch über Grausamkeiten des Hauptmanns v. Vesser, den ein Offizier schwer beschuldigt hätte, und der beim Kriegsgericht sehr milde wegkam; auch diese Dinge haben sich in Kamerun abgespielt. Sie werden durch Eingeborene weiterverbreitet, und man kann sich vorstellen, was alles sich daraus entwickelt. Jedenfalls stehen die höchst zuverlässigen Aus-lassungen des früheren Gouverneurs und die heutigen Urkunden in einem sehr schroffen Gegensatz.

Die Aeußerungen Puttkamers, des Eggoburners von Kamerun, stehen in einem eigentümlichen Gegensatz zu jener Taktik, die die von uns vorgestern zitierte Stelle aus der amtlichen Denkschrift über Kamerun empfiehlt.

Puttkamer empfahl eine „ruhige und gerechte Behand-lung“ der mohammedanischen Falbes. Die deutschen Residenten nähmen sich daraus beschränken, die Berater und Beschützer der Sultane zu sein, sie hätten ihnen die Exekutive und das Re-gieren völlig zu überlassen.

So wenig nun auch Puttkamer selbst für Respektierung dieser seiner eigenen Taktik sorgte — die Duldung der Bestialitäten des Thierrich im Adamaul-Gebiet beweist seine Nachlässigkeit auf diesem Gebiete — so richtig war doch seine theoretische Auffassung der Lage im Adamaul-Gebiet. Die Kolonialverwaltung scheint aber seitdem ihre Ansicht einer völligen Revision unterzogen zu haben. Statt die Falbes-Sultanate zu „säubern“, hat sie offenbar begonnen — die kameruner Denkschrift bezeugt das ja — die „heidnischen“ Negerstämme gegen die mohammedanischen Falbes aus-zuspüren, eine Politik, die unausbleiblich einen Kolonialkrieg ent-fesseln muß, gegen den das Herero- und Hottentotten-Abenteuer-tatfächlich ein „Künderpiel“ sein würde.

Unsere Kolonialpolitik, die noch soeben die „Herrenmoral“ des Peters verherrlicht, besitzen nun freilich die Stirn, die Vernichtung der Falbes-Herrschaft als ein Gebot der Zivilisation und Humanität hinzustellen, da ja die Falbes-Sklaverei trieben! Als ob nicht diese deutsche Kulturmission in Südwestafrika mit der Ausrottung der Ein-geborenen und der Verklawung des übriggebliebenen Restes gemeinet hätte! Ehe man solche Kultur auch in Kamerun vorbereitet, sollte man getrost die „Befreiung“ der „Sklaven“ vom Joch des Mo-hammedanismus den eingeborenen Stämmen selbst überlassen! Man ersparte sich dann wenigstens neue Kolonialschmach, gar nicht zu reden von der Ersparnis der Hunderte von Millionen und Tausende von Menschenleben, die ein Krieg mit den Falbes zweifellos kosten würde.

Es ist deshalb um so eigenartiger, daß das rheinische Zentrumorgan, das, wie wir oben sahen, hinter den neuen Urkunden in Adamaul wohl nicht mit Unrecht allerlei Fehler der Kolonialverwaltung wittert, zum Schlusse selbst fordert, daß man zu „einer konsequenten Isolationspolitik“ kommen, also doch wohl den von Puttkamer widererratenen Weg einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Falbes einschlagen möge! Bemerkenswert ist die „Köln. Volksztg.“ wörtlich: „Hätte man deutscherseits nicht mehr der heidnischen Urbevölkerung angenommen, als der mohammedanischen Eindringlinge, so stände es heute besser.“

Welch ein Unfug! Wir hätten dann eben den Krieg mit den Falbes, deren kriegerische Macht die „Köln. Volksztg.“ doch so ab-schreckend schildert, schon eher gehabt, ohne im geringsten über die Mittel zu verfügen, diesen Krieg aufnehmen zu können! Hat doch, was das Zentrumblatt selbst hervorhebt, noch im Jahre 1905 der Regierungsdirektor den Bau der Bahn bis zum Tschadsee als eine „Phantastie“ bezeichnet.

Hier zeigt sich aber nun wieder der Januskopf der ultramontanen Kolonialpolitik. Das Zentrum zettet über die ungeheueren Opfer der Kolonialkriege, um andererseits im Interesse der katholischen Mission die Regierung zu friebolen Abenteuern anzureizen, vor denen selbst ein Blatt wie die „Post“ zurückschreckt!

Diese grundverlogene Stellung des Zentrums zur kolonialen Geldverschwendung verdient immer wieder festgenagelt zu werden!

Der philosophische Reichskanzler.

Bekanntlich ist Bülow ein gründlicher Kenner der deutschen Philosophie, besonders auf dem Gebiet der Kant-, Fichte- und Hegel-forschung leistet er höchst Bedeutendes — was schon allein daraus hervorgeht, daß er bei seinen in und außer dem Reichstage gehaltenen feuilletonistischen Vorträgen sich keineswegs auf Plätze aus dem Büchermantel beschränkt, sondern sich manchmal sogar auf Kant und Hegel bezieht. Es ist deshalb durchaus nicht verwunderlich, daß der Reichskanzler auch in seinem Gespräch mit Herrn Jules Suret, dem Mitarbeiter des „Figaro“, sich nicht ver-sagen konnte, dem Franzosen zu beweisen, wie gründlich er als deutscher „Citizensmann“ in der deutschen Philosophie beschlagen ist. So ergriff er denn mit der ihm eigenen weltmännischen Nonchalance die Gelegenheit, dem Herrn Suret in Anknüpfung an einen von diesem getanen Aeußerung zu versichern, daß vor hundert Jahren die deutschen Dichter und Denker gegenüber den politischen Vorgängen eine grandiose „philosophische Teilnahme“ bekundet hätten, und als Beweis für seine geist-reiche Behauptung auf Schiller und Hegel zu verweisen.

Daß Schiller, der Dichter der „Räuber“, der „Kabale und Liebe“, des „Tell“, des „Wallenstein“, des „Don Carlos“, der Ver-fasser der „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ usw. den politischen Verhältnissen seiner Zeit völlig teilnahmslos gegen-übergestanden haben soll, glaubt zwar selbst ein mittelmäßig ver-

anlagter Quarantäne nicht — doch für einen Reichskanzler gelten bekanntlich, wie Bülow so oft in seinen Reden demonstriert hat, neben die gewöhnlichen Tatsachen, noch die Regeln der gemeinen Logik.

Und wie mit seiner Kenntnis Schillers steht es auch mit seiner tiefen Erfassung des Philosophen Hegel, der bekanntlich mit Vor-liebe historische Studien trieb und auch eine „Kritik der Verfassung Deutschlands“ geschrieben hat. Fürst Bülow hat Herrn Suret so hübsch erzählt, wie Hegel am 14. Oktober 1806, d. h. also am Tage der Schlacht von Jena, an seinem Schreibtisch saß und arbeitete, und als ihm dann die Eisensplitter auf den Schreibtisch flogen, das Dienstmädchen erst fragen mußte, was denn los sei; wie ihm aber dieses von den kämpfenden Franzosen und Preußen sprach, da habe er erklärt: „Das ist mir gleich, das alles interessiert mich nicht.“

Aber zum Leidwesen für den Ruhm Bülows als Hegelkenner ist es auch mit der Teilnahmslosigkeit Hegels nichts; und Professor Theobald Ziegler macht sich im „Schwab. Merkur“ das Ver-gnügen, auch dieses Märchen des „Citizensmanns“ zu zerföhren. Er schreibt:

„Wie lustig und wie teilnahmslos Hegel an jenen Tagen wirklich gewesen ist, das wissen wir zufällig — oder für die hübsche Anekdote des Herrn Reichskanzlers vielmehr leider! — von dem Philosophen selber. Hegel schreibt nämlich „Montags den 13. Oktober 1806 am Tage, da Jena von den Franzosen besetzt wurde und der Kaiser Napoleon in seinen Mauern ein-trat“, an seinen Freund Niehammer — auch einen Schwaben, der damals das Schulwesen in Bayern reorganisierte — unter anderem folgendes:

„Gestern abend gegen Sonnenuntergang sah ich die Schiffe der französischen Patrouillen... die Preußen wurden aus Wingerla in der Nacht vertrieben, das Schießen dauerte bis nach 12 Uhr, und heute zwischen 8 und 9 Uhr drangen die französischen Tirailleurs, und eine Stunde nachher die regelmäßigen Truppen ein; die Stunde war eine Stunde der Angst... Den Kaiser, diese Weltseele, sah ich durch die Stadt zum Reconnoiscieren hinausreiten. Es ist in der Tat eine wunderbare Empfindung, ein solches Individuum zu sehen, das hier auf einen Punkt konzentriert, auf einem Pferde sitzend, über die Welt übergreift und sie beherrscht. Den Preußen (gestern sagte man, der König von Preußen habe sein Hauptquartier in Kapellendorf, einige Stunden von hier; wo er heute ist, wissen wir nicht; aber gewiß weiter weg als gestern; die Herzogin und ihre Prinzessin war eingeschlossen, in Weimar zu bleiben) war freilich kein besseres Prognostikon zu stellen, aber von Donnerstag bis Montag sind solche Fort-schritte nur diesem außerordentlichen Manne möglich, den es nicht möglich ist nicht zu bewundern.“

Das war die „philosophische Teilnahmslosigkeit“ Hegels, dem bekanntlich Geschichte das Interessanteste war, an den historischen Tagen und an den großen Menschen jener blutigen Tage. Am nächsten Abend aber, d. h. also am 16. Oktober, bei der Plünderung Jenas, haben dann „die Kerls seine Papiere wie Lotterielose in Unordnung gebracht“. Auf diesen „Papieren“ aber beruhte Hegels ganze Existenz; es waren die letzten noch abzusendenden Blätter des Phänomenologie-manuskriptes, das er bis zu einem eben ablaufenden bestimmten Termin zu liefern sich verpflichtet hatte. Am 18. Oktober schreibt er nämlich wieder an Niehammer: „eine Bitte bin ich ge-nötigt Ihnen vorzutragen: mir durchaus Geld zu schicken, ich bin in dem dringendsten Bedürfnisse“. Und dieses Geld war — ein Vorschlag auf das Honorar für die Phänomenologie. So lustig ging es in diesen Tagen bei dem armen Jenenser Extra-ordinarius zu!

„Gottlob, daß der Herr Reichskanzler“, so schließt der Auf-satz, „nicht der Papst ist, sonst bekämen wir am Ende einen Sollabus Bülow und mühten, um den an unseren Unbesitteten... fast voll-ständig verdrängen“! Philosophiestudien wieder auf die Weine zu besen, nach seinen Besten in der Philosophie über Hegel und in der Literatur über Schiller vorzutragen, auch wenn diese Deste mit den Quellen ebensowenig im Einklang stünden wie mit denen des Neuen Testaments die neuen Schlußsätze des gegenwärtigen Papstes. Als Protestanten aber, zu denen wir alle rechnen, die gegen Mythen- und Legendenbildung protestieren, dürfen wir es mit den Bülowischen Geschichten und Kritiken glücklicherweise halten, wie wir es nach Luther mit den Apokryphen halten sollen: „Das sind Bücher, so der heiligen Schrift nicht gleich gehalten und doch nützlich und lustig (Luther sagt: gut) zu lesen sind.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. August 1907.

Reichskanzler und Finanzen.

Die schweizerische Bundesregierung beabsichtigt, die Gotthard-bahn zu verstaatlichen und vom 1. Mai 1909 ab in eigenen Be-trieb zu nehmen. Nach dem Vertrage mit der Bahngesellschaft wird der Rückkaufpreis schätzungsweise festgesetzt, doch hat sich die Regierung vorbehalten, daß beim Uebergang in staatlichen Be-sitz die Bahn in vollständig befriedigendem Zustande sich befinden muß, anderenfalls sie das Recht hat, entsprechende Abzüge vom Kaufpreise zu machen. Auf Grund dieses Vertrages hat im ver-gangenen Jahre die schweizerische Bundesregierung an die Gesell-schaft die Forderung gestellt, ein zweites Gleis zwischen Chiasso und Giubasso herzustellen. Das ist den Herren Großaktionären recht un bequem, und da ein großer Teil dieser Aktionäre aus Reichsdeutschen besteht, haben sich einige Berliner Großbanken an das deutsche Auswärtige Amt mit dem Ersuchen gewandt, daß die deutsche Regierung auf die schweizerische einen Druck ausüben möge, damit diese sich dazu verstände, die Aktien höher zu be-werten.

In einer Korrespondenz der „Fränk. Tagespost“ aus Berlin wird nämlich berichtet:

„Die innigen Beziehungen, die zwischen der Reichsregierung und der Hochfinanz bestehen, erfahren eine überhelle Beleuchtung durch ein Anfinnen, das einige Großbanken an das Auswärtige Amt gestellt haben. Am Dienstag haben die Direktoren einiger Bankinstitute dem Auswärtigen Amt eine Eingabe überreicht, in der nicht weniger verlangt wird, als daß das Deutsche Reich die schweizer Regierung zwingen solle, bei der Verstaatlichung der Gotthardbahn den deutschen Großaktionären für ihre Aktien einen höheren Kurs zu bewilligen, als er nach Vermutung der deutschen Großbanken gezahlt werden wird. Es wird in der Eingabe ausgeführt, daß die Verstaatlichung einer Schädigung um so mehr besteht, als die Aktionäre in ihrer großen Mehrheit Aus-länder und zum großen Teil Angehörige des Deutschen Reiches sind. Daraus gehe hervor, daß die Schweiz in ihrem Bestreben, die Bahn zu einem möglichst billigen Preise in ihren Besitz zu bringen, kaum durch Rücksicht auf das schweizerische Kapital ge-fördert werden wird. Aus diesem Umstand wird dann die besondere Pflicht der Regierung hergeleitet, die Schweiz an einem möglichst billigen Erwerb der Bahn zu stören — im Interesse einiger deutscher Großkapitalisten.“

Ein unerschämtes Anfinnen! Doch würden die Großbanken es kaum gestellt haben, wenn sie nicht nach ihrer Kenntnis der leitenden Männer, speziell des Reichskanzlers, der Ansicht wären, die Regierung werde sich auf ihr Verlangen einlassen. Und tat-sächlich erscheint es nach den nahestehenden Beziehungen zwischen der Hochfinanz und der Reichsregierung nicht ausgeschlossen, daß sich diese dazu versteht, im Dienste des lästernen Finanzkapitals die Schweiz dazu zu bewegen, auf Kosten ihrer Steuerzahler den

fremden Großaktionären hohe Kaufpreise zu zahlen. Ob die Schweiz allerdings sich dem deutschen Anfinnen fügen wird, ist recht zweifelhaft, denn sie ist bekanntlich nach Bismarcks Ausspruch — ein wildes Land.

Christlich-agrarische Ethik.

Im Haag werden zurzeit wunderschöne Reden über die Wahrung der Humanität im Kriege gehalten. Die Vertreter des einen Staates suchen die des anderen Staates in humanen Phrasen zu überbieten; dabei aber sind sie ängstlich darauf bedacht, sich dort, wo es in ihrem kriegerischen Interesse liegt, die rücksichts-loseste Ausnutzung der modernen Wordmaschinen vorzubehalten. Und genau wie diese Vertreter des „kulturellen“ Europa machen es die patriotischen, in Ethik und Religiosität schwimmenden Blätter dieser Staaten, indem sie ebenfalls ihre Absichten mit schönen ethischen Erwägungen garnieren. Nicht kennzeichnend dafür ist eine Betrachtung der die höhere Sittlichkeit des christ-lichen Agrarstaates vertretenden „Deutschen Tageszeitung“ über die Ausnutzung der Luftschiffahrt für den Krieg, in der das Blatt zu folgenden Wünschen kommt:

„Wir möchten dabei noch einmal den außerordentlichen Unter-schied zwischen der Bedeutung des lenkbaren Luftschiffes für den Land- und für den Seekrieg betonen. Zu Lande kann es, von Ausnahmefällen abgesehen, schwerlich Zerstörungen von solcher Bedeutung anrichten, wie ein einziger Kreuzer gegenüber einem der neuesten Riesenschiffe zur See darstellen würde. Gegenüber wäre die Wirkung auf die Nerven der kämpfenden zu Lande eine größere; denn der Seemann, der immer mit der Möglichkeit rechnen muß, daß ein Torpedokreuzer seine schwimmende Festung zerstört, kann den Unterschied in der Richtung, von der aus das verderbliche Geschöß kommen kann, nicht übermäßig schwer empfinden. Ein Verbot der fraglichen Anwendung des Luft-schiffes im Landkriege ließe sich also damit rechtfertigen, daß seine tatsächlichen Wirkungen hier nicht im richtigen Verhältnis zu den moralischen stehen würden; zur See ist das nicht der Fall. Für Deutschland kommt natürlich noch ausschlaggebend hinzu, daß unsere maritime Schwäche es uns zur einfachsten Pflicht macht, uns kein Verteidigungsmittel und keine Möglich-keit ihrer Ausgleichung aus der Hand nehmen zu lassen. Aus diesem Grunde allein halten wir es für ausgeschlossen, daß Deutschland den belgisch-englischen Wünschen in dieser Frage nachgeben könnte.“

Das alberne Verzehe von der moralischen Wirkung und ihrem nicht richtigen Verhältnis zur effektiven Wirkung ist nichts als dekorativer Aufputz zur Verhüllung der eigenen Bosheit. Der konventionellen Humanitätshucherei entkleidet, besagt die Notiz nichts anderes, als daß die Anwendung von Luftschiffen zur Ausstreitung von Sprenggeschossen im Seekriege deshalb nicht ver-boten oder eingeengt werden darf, weil eine derartige rohe Kriegführung Deutschland vielleicht in einem Kriege mit England recht nützlich sein könnte. Echte christliche Ethik —

Die „Brüder von Nordschleswig“.

Die Rede des Oberpräsidenten v. Bülow, die in versöhnlicher Weise von den „Brüder in Nordschleswig“ sprach, konnte den Anschein erwecken, als ob die Regierung wirklich daran denke, an Stelle der verhängten Koller-Politik eine Politik der Versöhnlichkeit treten zu lassen. Dem ist aber nicht so. Das Geschrei der schleswigschen Agrarier, die befürchteten, bei einer W-kehr von einer antidänischen Teutopolitik in ihrer wirtschaftlichen Verte-politik geschädigt zu werden, scheint etwaige Umwandlungen von Ein-sicht in den höheren Regionen rasch wieder verschwinden zu haben.

Neunundsechzig nordschleswiger Geistliche hatten beantragt, die Einführung von zwei fakultativen dänischen Sprachstunden in denjenigen Schulen Nordschleswigs zu gestatten, in denen dänischer Religionsunterricht erteilt wird. Dies Gesuch ist von der Regierung abgelehnt worden. Die Oberpräsidial-verfügung, die diese Ablehnung zur Kenntnis der Petenten bringt, hat folgenden Wortlaut:

Schleswig, 27. Juli 1907.

Auf das gefällige Schreiben vom 23. Juli d. J. gestatte ich mir Euer Hochwürden zu erwidern, daß ich die wohlgemeinten Absichten, von welchen Euer Hochwürden und die anderen 68 Geis-tlichen, welche die an mich gerichtete Eingabe vom 8. Juli unter-schrieben haben, sich bei dem Vorschlage der Wiedereinführung von wöchentlich zwei fakultativen dänischen Sprachstunden haben leiten lassen, zwar nicht verkenne.

Nachdem aber die hierüber auch im Schoße der königlichen Staatsregierung wiederholt stattgehabten Erwägungen stets zu dem gleichen Ergebnis geführt haben, die Sprachenanweisung vom 18. Dezember 1888 in der von Ihnen gewünschten Richtung nicht abzuändern, erlaube ich Sie, sich ummeher darin zu finden, daß die Abschaffung des dänischen Sprachunter-richts in der Volksschule eine Tatsache ist, welche einer Aenderung nicht mehr unter-worfen werden wird.

An den Kirchenpropst Herrn Gottfriedsen, Hochwürden, in Groß-Rastrup.

Das kann näher liegen und selbstverständlicher erscheinen, als die Erteilung eines — noch obendrein fakultativen — fremd-sprachlichen Unterrichts in einem Grenzgebiete, wo die Unkenntnis der betreffenden Sprache für die Bewohner direkt materielle Schädigungen mit sich bringen kann. Aber die Regierung beharrt trotz der schönen Rede des Oberpräsidenten von den „Brüder in Nordschleswig“ auf ihrem bornierten Zwangsgermani-sierungsstandpunkt! —

Ein Verfassungskstreit um — Kaninchen.

Ein drohlicher Streit, wie ihn nur die Hundstags-hige ausdrücken kann, ist, wie die „Köln. Ztg.“ be-richtet, bei der Verabschiedung des Etats zwischen der Ersten und Zweiten württembergischen Kammer ausge-brochen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Bund der Württembergischen Kaninchenzüchtervereine hatte an die Stände eine Eingabe gerichtet, in der er um Unterstützung der Kaninchen-züchter bittet. Die Zweite Kammer war entschlossen, den Kaninchen-züchtern unter die Arme zu greifen, und zwar mit der Riesen-summe von — 500 M. Und zwar sollte die Unterstützung noch durch diesen und nicht erst durch den nächsten Etat geschossen werden. Hätte man nun beschlossen, die Petition der Kaninchen-züchter der Regierung zur Veräußerung zu überweisen, so hätten die 500 M. erst in den nächsten Etat eingestellt werden können. Den Kaninchenzüchtern sollte aber schnell geholfen werden. Deshalb sagte die Zweite Kammer zum Etat den Beschluß, „der königlichen Regierung gegenüber die Bereitwilligkeit auszusprechen, einen Bei-trag von 500 M. an diesen Bund nicht zu beanstanden“. Die Erste Kammer hat jedoch beschlossen, die Eingabe der Regierung zur Ver-äußerung zu überweisen, mit der Konsequenz, daß ein etwaiger Beitrag zugunsten der Hebung der Kaninchenzucht erst im nächsten Etat bewilligt wird. Demgegenüber beharrte die Zweite Kammer auf ihrem Beschluß und rief den § 181 der Ver-fassung an. Dieser Paragraph lautet dahin, daß der Beschluß der Zweiten Kammer, wenn diese nach wiederholter Beratung auf ihrem von der Ersten Kammer abweichenden Beschluß beharrt, als Beschluß der Ständeversammlung zu betrachten ist. Die Erste Kammer hat, wenn sie sich nicht fügen will,

also nur das Recht, den ganzen Etat abzulehnen. Das wollte sie um 500 M. willen doch nicht tun. Sie hat also den Etat bewilligt, aber die Frage der Auslegung des § 181 der Verfassung an ihre staatsrechtliche Kommission verwiesen. Dasselbe hat die Zweite Kammer ihrerseits getan.

Alles, was Feinschmecker ist auf dem Gebiet staatsrechtlicher Finessen, wird sich an diesem Anknüpfen auf höchster Ebene. Mit den Kosten aber, die die künftigen Sitzungen der beiden Kommissionen verursachen, falls die Sache eingehend behandelt, könnte man auf Jahre hinaus alle Anknüpfen Württembergs fett machen. —

Kontraktbruch ländlicher Arbeiter.

Die Herren Agrarier möchten gar zu gerne die traurige Abhängigkeit, in der sich der ländliche Arbeiter befindet, noch verstärken. Der bayerische Landwirtschaftsrat hat bei seiner letzten Tagung eine Resolution angenommen, nach der Bayern beim Bundesrat einen Antrag auf Schaffung reichsgesetzlicher Strafbestimmungen analog § 208 St.-G.-B. gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter einbringen soll. Seine weiteren Vorschläge zur Abstellung der Leutenot beziehen sich auf die Errichtung von Arbeiterwohnungen und die Schaffung ländlicher Schiedsgerichte, deren Verfassung und Kompetenz analog den Gewerbegerichten gebildet werden soll.

Wie „Fahnenflucht“ entsteht!

Der Jäger Otto Gehhardt von der 4. Eskadron des 2. Regiments Jäger zu Pferde in Langensfeld wurde vorigen Herbst in die Truppe eingestellt. Während der Rekrutenausbildung wurde er krank und konnte viele Wochen keinen Dienst tun. Natürlich blieb der Mann in seiner Ausbildung zurück und wurde so ohne sein Verschulden der Gegenstand mitleidiger Behandlung seiner Kameraden. Das erregte mit der Zeit in ihm eine gewisse Nachlässigkeit und den geradezu krankhaften Trieb, sich der harten Behandlung zu entziehen. Vor einiger Zeit hatte G. wieder eine Disziplinarstrafe von drei Tagen strengen Arrest zu verbüßen. Aus Furcht vor dieser Strafe lief er am 28. Juni davon und verbarg sich in der Umgebung der Kaserne. Ganz früh am 28. Juni, noch vor Beginn des Dienstes, ging er zur Kaserne zurück, um sich, wie er angibt, freiwillig zu stellen. Weil er dabei den Kameraden nicht begegnen wollte, wählte er den dafür allerdings ungeeignetsten Weg des Uebersteigens über die Mauer an einer abgelegenen Stelle, wobei er an die Kasernenneubauten kam. Dort zog er nun einige den Maurern gehörige Kleidungsstücke an, wodurch er sich unkenntlich machte und stieg dann auch in die Boufontaine durch ein Fenster ein, wo er erst seinen Hunger stillte und dann noch ein paar Schuhe an sich nahm. Seine Dienstkleidung ließ er im Neubau zurück. Inzwischen schien es ihm leid geworden zu sein, sich stellen zu wollen, er nahm den Rückweg wieder über die Kasernenmauer und sah die Entschluß, erst zunächst einmal zu seiner Mutter nach Elm a r z u wandern, wozu er den Weg über Eisenach einschlug, wo er von einem Kriminalschuttmann, den er nach dem Wege fragte, als Deserteur erkannt und festgenommen wurde. Aus dem Umstände, daß sich der Angeklagte Zivilkleider verschafft und, statt den direkten Weg nach Weimar, den Umweg über Eisenach nahm, folgert die Anklage den Vorwurf der dauernden Entfernungs, zumal der Angeklagte schon zweimal deswegen vorbestraft sei. Für die Fahnenflucht beantragte der Anklagevertreter 6 Monate Gefängnis und 2. Klasse, für den Diebstahl 3 Monate und 2. Klasse, und für die Preisgabe seiner Dienstkleider eine Woche Mittelarrest, zusammen auf acht Monate Gefängnis und Verurteilung in die 2. Klasse. Der Verteidiger nahm sich des Angeklagten sehr warm an, indem er noch darauf hinwies, den Angeklagten nicht als schweren Verbrecher zu betrachten, sondern auf den Gemütszustand, in dem er sich befunden haben möchte, Rücksicht zu nehmen.

Das Gericht ließ aber seine Ausführungen unberücksichtigt und schloß sich der Auffassung des Anklagevertreters in vollem Umfange an, indem es die schlechte Führung des Angeklagten straffscharfend in Betracht zog. Das Urteil lautete deshalb auf das beantragte Strafmaß. Der Angeklagte erklärte, das Rechtsmittel der Berufung einlegen zu wollen.

Militärjustiz!

Wegen Widerlegung, Ungehorsam und Aufzuchtungsverletzung hatte sich vor dem Kriegsgericht in Dresden der Soldat Richter vom 102. Infanterie-Regiment zu verantworten. Der Angeklagte hatte einen Befehl eines Unteroffiziers nicht befolgt. Der Soldat, der gerade fortgehen wollte, hatte zum Unteroffizier gesagt: „Wenn mich der Herr Unteroffizier jetzt nicht gehen läßt, dann beschwere ich mich beim Major!“ Diese Aeußerung fällt unter den Widerlegungsparagrafen, worauf als Mindestmaß 6 Monate Gefängnis stehen. Der Soldat gibt an, er habe das Verlangen des Unteroffiziers nicht als korrekten Befehl aufgefaßt. Die Aeußerung habe er unbedacht getan.

Der Vertreter der Anklage führt aus, daß man zugunsten des Angeklagten annehmen müsse, daß der Befehl von dem blutigen Unteroffizier nicht richtig erteilt worden ist, dem es vielleicht noch an der nötigen Festigkeit gefehlt habe. Er beantragte 7 Monate Gefängnis!

Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten 2 Wochen Gefängnis!!! Es erkannte aber die furchtbare Härte des Militärstrafgesetzbuches und erklärte sich deshalb bereit, für den Angeklagten ein Gnadengesuch einzureichen.

Rekrutenentzwei.

In den Kasernen herrscht die Unsitte, daß die jungen Soldaten von ihren älteren Kameraden bei jeder sich darbietenden Gelegenheit mißhandelt werden. So war auch ein in Düsseldorf bei der Artillerie dienender junger Mann, der sich nicht jede Schikane der alten Leute bieten ließ, der Unsitte zum Opfer gefallen. Drei Kanoniere überfielen den Rekrut nachts in seinem Bett und mißhandelten ihn in der brutalsten Weise. Die Wohlinge wurden vom Kriegsgericht in Düsseldorf mit 14 Tagen bzw. 2 Monaten Gefängnis bestraft. —

Frankreich.

Das Blutbad in den Vogesen.

Paris, 30. Juli. (Fig. Ver.)

Noch immer laufen über die Vorgänge von Raon-Étape die widersprechendsten Berichte durch die Blätter. Noch immer weiß man die Zahl der Verwundeten, ja der Toten nicht. Nach den glaubwürdigsten Berichten ist ein Arbeiter sofort mit durchschossener Lunge am Platz geblieben. Ein Gendarmmeriewachtmeister ist gestern seinen Wunden erlegen. Die offiziellen Berichte sprechen von drei Kugeln in den Unterleib und einem Säbelhieb! Das deutet sehr deutlich darauf hin, daß die Gendarmen und Soldaten so toll um sich geschossen und gehauen haben, daß sie auch ihre Kameraden nicht schonten. Allerdings heißt es in den offiziellen Darstellungen auch, daß die Arbeiter mit Revolvern geschossen hätten. Aber woher hatten sie Säbel?

Der Gendarmmeriewachtmeister, der die unmittelbare Schuld an dem Gemetzel hat, behauptet jetzt, er habe den Arbeitern die Fahne

nicht wegnehmen wollen. Seine Waffe sei „mißverstanden“ worden. Aber er erklärt nicht, warum er den friedlichen Zug der Streikenden mit Gewalt auseinanderreiben wollte. War überhaupt eine „Fahne“ am Platz? Es ist übrigens festgestellt, daß die rote Fahne vorschrittmäßig eine Inschrift getragen hat, also „legal“ war. (Note: Fahnen ohne Inschrift gelten nämlich in der Republik als staatsgefährlich.)

Unter den 4 Verurteilten, die in einem hoffnungslosen Zustand danciederliegen, befindet sich der Gewerkschaftskassierer Collin.

Die Erbitterung der Bevölkerung ist ungeheuer. Der Bürgermeister, ein 70-jähriger Greis, der weit davon entfernt ist, Sozialist zu sein, hat mit Trommelschlag verkünden lassen, daß der Gemeindevorstand die Verantwortung für die Vorgänge vom Sonntag ablehnt. Er protestiert gegen die Heranziehung des Militärs, die der Präfect nicht einmal ihm vorher anzuzeigen für gut befunden hat.

In einer Reihe von Betrieben des Ortes sind die Arbeiter in einen Solidaritätsstreik getreten. Man zählt schon 5000 Ausländische. Militär wird in großen Mengen im Ort konzentriert. —

Dänemark.

Auf Besuch bei den Isländern.

Die dänischen Inselfahrer, Reichstagsabgeordnete, Minister und König, sind am Dienstag in Reykjavik angekommen. Es wurde sofort eine Kommission von je 8 Mitgliedern des dänischen Folkethings und Landsthings sowie des isländischen Althings ernannt, die, mit dem Ministerpräsidenten Christensen und dem isländischen Minister Haffstein als Vorsitzenden, eine neue Gesetzgebung über Isländs verfassungsmäßige Stellung im „gesammelten dänischen Reich“ vorbereiten soll. — Die Isländer fühlen sich als eine besondere Nation, sie wollen von dem „gesammelten dänischen Reich“ nicht viel wissen und verlangen größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Dänemark. Die Oppositionspartei des Althings brachte in diesem Frühjahr Vorschläge zur Aenderung der Verfassungsgesetze ein, wonach u. a. nicht mehr, wie jetzt, ein Teil der Abgeordneten vom König ernannt und allgemeines Wahlrecht auch für die Frauen eingeführt werden sollte. Zur Prüfung dieser Vorschläge wählte das Althing einen besonderen Ausschuss. —

Die Vertreter Dänemarks sind nun wohl sehr festlich und mit allem Prunk, den das isländische Volk zu bieten vermochte, empfangen worden, doch nach dem Festesrausch werden die Isländer sicher mit nicht geringerem Eifer ihr Recht auf nationale Selbständigkeit geltend machen.

Rumänien.

Wie die Regierung den Sozialismus austrotten will.

Bukarest, 20. Juli. (Fig. Ver.)

Mit jedem Tage mehren sich die Verfolgungen und Schikanen der „liberalen“ Regierung gegen die junge gewerkschaftliche und sozialistische Arbeiterbewegung Rumäniens. Kein Tag vergeht, ohne daß irgend welche Ausweisungen, Sperrungen von Arbeiterclubs, Arrestierungen, Mißhandlungen geschehen und der letzte Galager Kongreß hat daher beschlossen, all diese Fälle in einer in zwei Sprachen abgefaßten Broschüre zu veröffentlichen, damit der im August tagende internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart von der hier herrschenden Gewalttätigkeit Kenntnis nehmen und den rumänischen Machthabern das Urteil der organisierten Arbeiterklasse aller Länder ins Gesicht schleudern kann.

Besonders charakteristisch ist die gegen Genossen Dr. Macovski, einen der Führer der jungen Bewegung, unaufhörlich gerichtete Hetzjagd. Im Frühling dieses Jahres wurde er plötzlich zum Militär einberufen und dort mehrere Wochen ohne jeden Grund wie ein Verhafteter hielten. Nachher waren allerdings Modifikationen im Gange, um Dr. Macovski, der Bürger aus der 1878 amelierten Dobruja ist, als „Freiwilliger“ zu bezeichnen und als solchen auf administrativem Wege auszuweisen. Vor ein paar Tagen verlautete sogar, daß der Minister das Ausweisungsbefehl schon unterzeichnet habe, da — laut der offiziellen Presse — die Regierung einen Beschluß des Konstanzer Bezirkskonzeils erzielt hätte, wonach Macovski Vater sich vor Jahrzehnten in die Wählerlisten eingeschrieben hätte und somit Dr. Macovski keine Bürgerrechte bestünde!

Nun veröffentlicht der „Adeverul“ ein Schreiben des Herrn J. R. Roman, Vizepräsidenten des Konstanzer Bezirkskonzeils, wonach diese Körperschaft schon seit Monaten gar nicht mehr zusammengetreten sei und somit das Ganze als eine elende Masche der verlogenen Regierungspresse zum Zwecke der Kompromittierung des sozialistischen Führers entlarvt wird.

Doch auch diese Blamage vermag das „liberale“ Kabinett nicht auf dem Wege der Ungeheuerlichkeiten aufzuhalten. Nun soll Genosse Dr. Macovski wegen angeblich früher begangener Insubordinationen dem Kriegsgericht überliefert werden; außerdem wird seine Entfernung aus der Armee (Dr. Macovski hat den Rang eines Militärarztes) geplant. — Durch solche Mittelchen hofft die Regierung mit der Arbeiterklasse und mit dem Sozialismus fertig zu werden. Sie wird aber nichts erzielen, als daß auch dem blindesten Arbeiter die Augen über diese Gewalttätigkeit geöffnet werden und immer mehr Kämpfer unter die rote Fahne der Sozialdemokratie treten.

Marokko.

Unruhen in Casablanca.

In Casablanca sind französische Weibungen zufolge mehrere Europäer ermordet worden. Zahlreiche Eingeborene, die unter dem Vorwand, auf dem Markt Getreide verkaufen zu wollen, in die Stadt gekommen waren, sammelten sich am Hafen, beschimpften die eingeborenen Wächter, mißhandelten sie und mordeten einige Arbeiter. Europäer, die bewaffnet auf die Straße geeilt waren, wurden angegriffen und niedergeschlagen. Die Araber schlossen ihre Läden und flüchteten auf ein Schiff. Ein Sekretär des spanischen Konsulats hat ebenfalls die Stadt verlassen. Der Kapitän des Schiffes erklärt, die ganze Verantwortung für die Vorkommnisse treffe den Pascha. Das französische Kriegsschiff „Galilee“ wird sich nach Casablanca begeben.

Die russische Revolution.

Wahlboykott oder Wahlbeteiligung.

Die Frage der Teilnahme an den Wahlen beschäftigt andauernd die sozialdemokratische Organisation und wird auf den vielerorts stattfindenden örtlichen Parteikonferenzen eifrig debattiert. Diese Frage wurde u. a. auch auf der unlängst stattgefundenen Konferenz der Petersburger Organisation der sozialdemokratischen Partei beraten. Es machten sich hier drei Strömungen bemerkbar. Die „Menschewiki“ sprachen sich einmütig für die energichste Teilnahme an den Wahlen aus. Von den „Volschewiki“ vertrat ein Referent den Wahlboykottstandpunkt, ein anderer — den Standpunkt der Antivolkottisten. Als Vertreter der letzten Strömung unter den „Volschewiki“ trat einer ihrer angesehensten Führer hervor. Nach seiner Ansicht unterscheidet sich der gegenwärtige Moment scharf von den Bedingungen während der Wahlen für die erste Duma. Dann konnte man hoffen, daß die Duma durch eine andere Volksvertretung ersetzt werden würde, und der Wahlboykott der Dumawahlen war eben der Ausdruck der Kampfstimmung unter den Volksmassen. Gegenwärtig aber kann der

Wahlboykott der Wahlen bei der Eröffnung der Revolution zur Sprengung der Duma nicht führen. Zweitens sind die konstitutionellen Institutionen, welche während der ersten Wahlen bei der Bevölkerung bemerkbar waren, jetzt fast gar nicht anzutreffen. . . .

Im allgemeinen wird in Gegenden, wo der Einfluß der „Volschewiki“ stark ist, die Frage der Teilnahme an den Wahlen in negativem Sinne entschieden, während sich die „Menschewiki“ zum größten Teil gegen den Wahlboykott der Wahlen aussprechen.

Andererseits werden unter den polnischen Sozialdemokraten Stimmen laut, daß die allrussische Parteikonferenz keine obligatorische Resolution annimmt, sondern es den örtlichen Organisationen überläßt, je nach der Stimmung der breiten Volksmassen diesen oder jenen Beschluß zu fassen.

Was die Stimmung unter den Volksmassen betrifft, so ist zum Teil eine deutlich ausgesprochene Wahlboykottstimmung, zum Teil vollste Apathie und Gleichgültigkeit zu den Wahlen bemerkbar. Der kolossale Wahlrechtsraub vom 10. Juni hat Früchte getragen. Wer das nicht in Betracht zieht und die Entscheidung zugunsten des Wahlrechts, nur von tatsächlichen Erwägungen allgemeinen Charakters ausgehend, beurteilt, der ist nicht imstande, den russischen „Wahlklotz“ zu begreifen.

Der Umfang des Wahlrechtsraubes vom 10. Juni wird dadurch allein genügend gekennzeichnet, daß die Zahl der Wahlberechtigten um die Hälfte und mehr zurückgegangen ist. Wie weit diese Reduzierung der Wahlberechtigten in einzelnen Fällen geht, zeigt beispielsweise die Kurve der Kleingrundbesitzer im Gouvernement Poltawa. Die Zahl der Wahlberechtigten ist hier von 10 000 während der ersten Wahlen auf 575 gesunken. Sie ist mit anderen Worten 30 mal kleiner geworden. Die Resultate der Verteilung der städtischen Wähler auf zwei Kurien müssen die Apathie der Wähler nur noch verstärken. So kommt in Poltawa in der ersten Kurie ein Wahlmann auf je 800 Wähler, in der zweiten Kurie jedoch ein Wahlmann auf je 3000 Wähler. In Winst ist die Zahl der Wähler in der zweiten Kurie 20 mal größer als in der ersten. Ebenso in Ufa, Penza, Wladimir usw. In der Hauptstadt kommen auf jeden Abgeordneten in der ersten Kurie 1700 Wähler, in der zweiten Kurie 43 000 Wähler! Mit anderen Worten: jede Stimme, welche für die Erhaltung des alten Regimes abgegeben wird, wiegt 25 mal schwerer als die Stimme eines Anhängers der freiheitlichen Ordnung. Was Wunder also, wenn die Zeitungen überall berichten, daß „die Bevölkerung nicht das geringste Interesse für die Wahlen zeigt“, oder daß „die Bevölkerung, die Kuylosigkeit des Kampfes einsehend, vollkommen indifferent bleibt“ usw. Ist es nicht vollkommen natürlich, wenn dieser Indifferentismus der Massen die Wahlklotzstimmung nähert? —

Der „neue Kurs“ und die Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung hat die wohlwollende Aufmerksamkeit der Stolypinski'schen offiziellen „Kossija“ auf sich gelenkt. Das ist ein böses Omen. Die Regierung liquidiert jetzt die Politik des Liebelängens mit den Volksmassen, erhebt die Unterfütterung der an der Erhaltung des alten Regimes interessierten gesellschaftlichen Elemente zum System und ist nun daran, auf den Seiten der „Kossija“ auch hinsichtlich der Gewerkschaften einen „neuen Kurs“ festzulegen. Zuerst, wie üblich, Versicherungen der besten Absichten der Regierung, denn — „die ökonomische Bedeutung der Gewerkschaften unterliegt ja keinem Zweifel“. Das Angenehme ist bloß das, daß die Gewerkschaften „von ihren ersten Schritten an in die Atmosphäre und unter den Einfluß einer ausschließlich politischen Kompensstimmung geraten sind und sich in den Strudel der Revolution gestürzt haben“. „Anstatt ein Mittel der friedlichen Lösung der Arbeiterfrage zu sein, erklärten sie sich als Organ des aktiven Kampfes für die Vorherrschafft des Proletariats, und, nachdem sie die rote Fahne der politischen und sozialen Revolution aufgerollt, gerieten sie bald in die ersten Reihen des revolutionären Kampfes.“ Das bezieht sich natürlich nicht auf alle Gewerkschaften, konstatiert das Regierungsblatt „vollkommen unparteiisch“, doch ist die Zahl anders gestimmter Gewerkschaften äußerst unbedeutend. Die überwiegende Mehrzahl weicht vom natürlichen Weg der Gewerkschaftsbewegung ab, und eine ganze Reihe Gewerkschaften sieht „eben in dieser Abweichung“ das wahre Ziel ihrer Tätigkeit. Unter diesen Bedingungen verwandeln sich die Gewerkschaften „aus einem Mittel der Kultur“ in „eine Quelle der gesellschaftlichen und staatlichen Gefahr“, denn „indem sie ihrer Form nach legal auftreten, können sie leicht ihrem Wesen nach revolutionär werden und können sogar bei der aufmerksamsten Aufsicht sehr lange ihren Revolutionarismus verbergen.“

Wie muß nun der „Staat“ darauf reagieren? — „Der Staat muß einerseits die Bedeutung der Verbände“ anerkennen und entsprechend den Dingen der realen Wirklichkeit eine Reihe Maßnahmen treffen, welche die Entwicklung der Gewerkschaften als solcher fördern könnten, andererseits jedoch muß der Staat danach streben, den Gewerkschaften die Möglichkeit zu nehmen, ein beständiger Herd verbrecherischer Angriffe auf den allgemeinen Frieden und die staatliche Ordnung zu sein.“

Mit anderen Worten: einerseits sollen die Gewerkschaften auf dem Papier „anerkannt“ werden, andererseits jedoch sollen sie in der Praxis mit allen Mitteln bekämpft werden.

Was dieses Regierungsprogramm, in der Sprache der Tatsachen umgesetzt, bedeutet, ist beispielsweise aus den Angaben ersichtlich, welche im Bericht des Moskauer Gewerkschaftsartikels zu finden sind. Während der letzten Zeit sind in Moskau auf Verfügung der Behörden 14 Gewerkschaften geschlossen worden, darunter der Buchdruckerverband dreimal nacheinander, 19 Gewerkschaften ist die Agitation verweigert worden, aufgelöst wurden 19 Generalversammlungen, Verhaftungen der Vorstands- und Verbandsmitglieder wurden vorgenommen in 12 Gewerkschaften, gehäusucht wurde in 12 Gewerkschaften 15 mal, wobei verschiedene Dokumente, Bücher, sogar ganze Bibliotheken konfisziert wurden. Auf die Hausinhaber wird von den Behörden ein Druck ausgeübt, damit diese den Gewerkschaften die Wohnungen kündigen. Die Gewerkschaftsvertreter werden zum Stadthauptmann beordert, der sie durch Drohungen zur Nachgiebigkeit zu zwingen sucht. Auch die Fachorgane der Gewerkschaften werden von den Repressalien betroffen: in Moskau allein sind in letzter Zeit sechs Gewerkschaftsblätter geschlossen worden, während sich die Zahl der Konfiskationen jeder Berechnung entzieht. Unter ähnlichen Bedingungen befinden sich die Gewerkschaften in Astrachan, Nischni-Nowgorod, Warschau, Charkow, Odessa usw. Aus allen Enden des Reiches kommen genau dieselben Meldungen über Verschärfung des Verhaltens der Administration zu den Gewerkschaften: überall werden Gewerkschaften geschlossen, die aktivsten Mitglieder derselben verhaftet, die Gewerkschaftsblätter und die Korrespondenz konfisziert, Versammlungen verboten usw. usw.

Aus der Partei.

Auf der Kreisversammlung für den hessischen Reichstagswahlkreis Friedberg-Büdingen konnte auch für diesen Kreis ein erfreuliches Ergebnis der Parteibewegung konstatiert werden. Der Wahlverein zählte am 15. Juli in 42 Filialen 2081 Mitglieder; die Zunahme beträgt rund 400. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind im Kreis 2040 vorhanden. Die Parteipresse hat 1504 Abonnenten, gegenüber dem Vorjahre 300 mehr; 88 Wirtschaften sind vorhanden, in denen die Parteipresse aufliegt. Die Organisation und Agitation wurde in 303 Mitglieder- und 75 öffentlichen Versammlungen gefördert. Außerdem wurden während der letzten Reichstagswahlbewegung 123 Versammlungen abgehalten und 240 000 Flugblätter verteilt.

Zur Landeskonferenz, die am nächsten Sonntag in Friedberg tagt, machte Genosse Busold einige Ausstellungen an dem Verhalten der Landtagsfraktion. Im letzten Jahre habe sich wieder etwas ereignet, was zur schärfsten Kritik herausfordere. Voriges Jahr sei es die Hofgängerin gewesen, die Anlaß zur Kritik gab, und diesmal sei es die Wegladung von Prinzengengeburt, die das Verhalten der Fraktion in eigenem Licht erscheinen lasse. Eine derartige Politik dürften wir nicht mitmachen; wir blamierten uns sonst vor ganz Deutschland. Vor zwanzig Jahren hätte man uns wegen eines solchen Verhaltens angepöbelt. Genosse Landtagsabgeordneter Drb meint, das Verhalten der Fraktion sei nur verständlich, wenn man auch den Wortlaut der Erklärung kenne, die Genosse Dr. David im Auftrage der Fraktion im Landtage abgegeben habe. Dieser habe ausdrücklich gegen die Form der Glückwunschkarte Einspruch erhoben. Aus rein menschlichen Gründen habe die Fraktion zum Ausdruck gebracht, daß man über das Familienereignis sich freuen. Die Fraktion sei bereit, auf der Landeskonferenz für ihr Tun Rede und Antwort zu stehen.

Es wurde ferner die Anstellung eines Sekretärs beschlossen sowie der Monatsbeitrag von 20 auf 30 Pf. erhöht.

Die Anstellung eines Parteisekretärs für den Agitationsbezirk Leipzig beschloß am 30. Juli die Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises. Ferner wurde beschlossen, für den gesamten Agitationsbezirk — er umfaßt 4 Reichstagswahlkreise — 7 Delegierte zum internationalen Kongress nach Stuttgart zu entsenden. Als Delegierter für den gesamten Bezirk wurde einstimmig Genosse Franz Mehring gewählt. Auf dem Parteitag wird der Antrag gestellt werden, daß Leipzig einen Sitz in der Kontrollkommission der Partei erhalten soll; Genosse Altemann wird dafür vorgeschlagen. Ferner wurde noch mitgeteilt, daß im Geschäft der „Leipziger Volkszeitung“ im November eine neue Rotationsmaschine gestellt werden wird. Beabsichtigt ist, Parteipositionen nach dem Muster von Berlin und Hamburg einzurichten.

Das sozialdemokratische Bezirksagitationskomitee in Dresden hat seinen Jahresbericht veröffentlicht, der sich diesmal — in Folge der Organisationsänderung im Reich — auf die Zeit vom 1. April 1906 bis 30. Januar 1907, also auf fünfvierteljahr bezieht. Von allgemeinem Interesse daraus ist folgendes: Der Wirkungsbereich des Komitees umfaßt die ersten neun Reichstagswahlkreise des Königreichs Sachsen, die alle selbständig arbeitende, zum Teil ganz vorzügliche Kreisorganisationen haben. Von der Niederlage bei den Reichstagswahlen wurde der Bezirk empfindlich getroffen. Während die Stimmen der Gegner zusammen von 147 742 auf 175 248 stiegen, gingen die sozialdemokratischen von 157 153 auf 124 028 zurück. Ueber Ursachen und Umstände ist hier nicht zu reden. Demgegenüber hat die Organisation der Partei jedoch Fortschritte gemacht, wie nie zuvor, vornehmlich nach der letzten Reichstagswahl. Die Zahl der organisierten Genossen stieg von insgesamt 19 127 auf 29 303; eine Zunahme von 10 182 gegen circa 3000 im Jahre vorher. Gleich günstige Resultate weist auch die Entwicklung der Parteipresse auf. Die Abonnenten der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ stiegen in 1 1/2 Jahren von 25 000 auf 30 000, die des „Volksfreundes“ von 11 500 auf 18 000. Außerdem wird in der Oberlausitz der „Arme Teufel“ (wöchentlich einmal) in circa 4500 Exemplaren gelesen. Alle Wahlkreise sind an diesen Fortschritten beteiligt. Der „Volksfreund“ wird vom 1. April 1906 in eigener Druckerei in Bittau hergestellt. — Versammlungen aller Art wurden 1517 abgehalten, darunter 289 zur Reichstagswahl. Versammlungsjahre stehen der Partei 368 zur Verfügung, außerdem sämtliche im 5. Kreise (Dresden-N.) Ein eigenes Volkshaus haben der erste, achte und fünfte Kreis. Referenten besorgte das Komitee insgesamt 462, darunter 50 für die Kaiserfeier, der Landtagsagitationskatechismus wurde in 103 000 Exemplaren verbreitet. — In allen Kreisen hat man sich lebhaft mit Bildungs- und Jugend-erziehungstragen beschäftigt und entsprechende Einrichtungen zu schaffen versucht. In die Parteischule nach Berlin sandte der Bezirk zwei Genossen. Durch Referenten-Vorbesprechungen soll in Zukunft eine größere Einheitlichkeit in die Agitationen zu großen, allgemeinen Aktionen gebracht werden. Die Landtagswahlen, an denen der Bezirk in 15 Landtagswahlkreisen beteiligt ist, sind in Vorbereitung, auch Flugblätter wurden bereits verbreitet. — Das Komitee war insgesamt an 77 Sitzungen beteiligt, außer den regelmäßigen Vorstandssitzungen in den drei Dresdener Kreisen. Die Einnahmen betragen 29 228 M., die Ausgaben 28 077 M., darunter für Reichstagswahl (Zuschüsse an einzelne Kreise) 13 466 M. Von der Hauptkasse in Berlin bekam das Komitee dazu 7000 M., 4000 M. wurden bereits wieder dahin gesandt. An das Zentralkomitee waren 6002 M. zu zahlen. — Die Gemeindevorsteher erhalten die „kommunale Praxis“ auf Parteikosten. Von der Kaiserfeier wird aus allen Kreisen guter Verkauf berichtet.

Zu 14 Tagen Gefängnis wurde der verantwortliche Redakteur des Bochumer „Volksblattes“, Genosse Steinkamp, verurteilt, weil das genannte Parteiblatt die an bürgerliche Unternehmern angeknüpfte, zum Abonnentenfang berechnete Abonnentenversicherung im allgemeinen und einige zweifelhaft liegende Fälle des „Bochumer Anz.“ im besondern scharf kritisiert hatte. Der Vorsitzende des Gerichts nannte dieses Abonnentenversicherungssystem eine töbliche (!) Einrichtung, während alle Journalisten von Ruf und Bedeutung, ferner auch mehrere in den verschiedensten Prozessen als Gutachter vernommene Professoren dieses System mit der Journalistenehre für nicht vereinbar erklärten. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Die Einigung der australischen Sozialisten.

Wir teilten kürzlich mit, daß demnächst in Melbourne eine Konferenz der australischen Sozialisten zusammenzutreten werde zu dem Zwecke, eine Einigung der verschiedenen in den australischen Staaten bestehenden sozialistischen Vereinigungen herbeizuführen. Diese Konferenz hat, wie dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel mitgeteilt wurde, stattgefunden. Vertreter waren sieben sozialistische Vereine oder Verbände durch 15 Delegierte. In der angenommenen Resolution heißt es: „Die Zeit ist gekommen, um für Australien eine geeinte und klassenbewußte sozialistische Partei zu gründen.“ Die Delegierten der sozialistischen Arbeiterpartei wünschten, daß alle anderen Gruppen in ihrer Organisation aufgehen möchten. Dieser Vorschlag wurde aber verworfen und die Bildung einer Föderation der Sozialisten Australiens“ beschlossen. Die Parteigenossen von New-

Seeland hatten zwar keine Vertreter geschickt, aber sie hatten mitgeteilt, daß sie der zu gründenden Partei beitreten würden. Der Genosse Viktor Krümer wurde als Delegierter für den Internationalen Kongress in Stuttgart bestimmt; der Genosse Krümer dürfte sich zurzeit bereits in Europa befinden. Als Sekretär der geeinten Partei wurde der Genosse Holland gewählt. Ferner wurde noch beschlossen, daß Mitglieder der Partei nicht mehr als Kandidaten für nichtsozialistische Arbeiterparteien auftreten dürfen.

Aus Industrie und Handel.

Die Rheinschiffahrt.

Die Bedeutung der Rheinschiffahrt illustrieren Angaben, die in einer Festschrift des Vereins deutscher Ingenieure enthalten sind. Danach ist der Güterverkehr der Häfen zwischen Dieblich bis Weiel gestiegen von 22 116 590 Tonnen im Jahre 1904 auf 24 753 075 Tonnen im Jahre 1906. Von den Ver. Rheinischen und Düsseldorf Dampfschiffahrtsgesellschaften wurden im Jahre 1906 mit 30 Dampfern 1 903 658 Personen und außerdem noch 98 956 Tonnen Güter befördert. Im Jahre 1880 fanden dem Rhein-Seeverkehr 3 Dampfer von zusammen 1800 Tonnen Tragfähigkeit zur Verfügung, jetzt dienen diesem Verkehr 47 Dampfer mit 41 810 Tonnen Tragfähigkeit.

Der Gesamtverkehr an der deutsch-niederländischen Landesgrenze hat im Jahre 1906 nach den Aufzeichnungen des Hauptzollesamtes bei Emmerich betragen 21 094 582 Tonnen in 75 361 Schiffen gegen 20 678 189 Tonnen in 71 872 Schiffen im Jahre 1905 und 17 427 402 Tonnen in 67 206 Schiffen im Jahre 1904.

Die Rheinflotte umfaßt jetzt, ausschließlich der erwähnten 47 Rhein-Seedampfer, 1272 Dampfschiffe mit zusammen 281 793 ind. P. S., 10 534 Rheinschiffe mit zusammen 30 675 Mann Besatzung, 9282 Segelschiffe und Schleppflöße mit zusammen 3 557 600 Tonnen Tragfähigkeit. Die Ladefähigkeit der gesamten deutschen Rheinflotte, deren Wert sich auf mehr als 250 Millionen Mark beziffert, beträgt zurzeit zusammen 1 827 000 Tonnen.

Hochfenerzeugung.

Die deutsche Hochfenerzeugung blieb im Juni 1907 um rund 50 000 Tonnen hinter der Produktionsmenge des Mai und um 27 479 Tonnen hinter der Erzeugung im Juni 1906 zurück. Dagegen ergibt sich für die ersten 6 Monate des laufenden Jahres eine die Erzeugung in der gleichen Zeit des Vorjahres um 238 827 Tonnen übersteigende Produktion.

Es wurden produziert in Tonnen:

Table with 4 columns: Juni 1906, Juni 1907, Januar-30. Juni 1906, Januar-30. Juni 1907. Values: 1 071 815, 1 044 836, 6 117 126, 6 355 953.

Von der Hohefenerzeugung des Auslandes werden folgende Riffern bekannt: Vereinigte Staaten: Juni 2 267 000 Tonnen, Januar bis 30. Juni circa 13 700 000 Tonnen, Belgien: Juni 116 540 Tonnen, Januar bis 30. Juni circa 708 820 Tonnen. Die Produktion Amerikas übersteigt die Deutschlands demnach um mehr als das Doppelte. Die deutsche Ausfuhr an Hoheisen stellt sich für Juni auf 41 784 Tonnen, die Ausfuhr auf 23 656 Tonnen.

Gegen der neuen Handelsverträge. Die Handelskammer Plauen berichtet:

In starkem Maße ist die deutsche Industrie infolge des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn zurückgedrängt worden. Nicht nur ist wegen der deutschen Zollermäßigungen für Vigognegarn und Papier der deutsche Markt den österreichischen Erzeugnissen noch leichter zugänglich gemacht worden, sondern es ist auch infolge der österreichischen Zollhöherungen und der rigorosen österreichischen Zollprogras den deutschen Waren der Abzug in Oesterreich sehr erschwert worden. Ueber die Wirkung der Zollhöherungen in den übrigen Vertragsstaaten ist zu erwähnen, daß nach Italien infolge der Erhöhung des Zolles auf emaillierte Haus- und Küchengeräte, dessen Bindung im Handelsvertrag leider nicht erfolgte, eine Verminderung der Ausfuhr dieser Waren eintrat und diese Ausfuhr überhaupt gefährdet erscheint. Die Erhöhung der Schweizer Zölle auf Vigognegarne und auf Korsetts hatte zur Folge, daß mehrere deutsche Korsettfabriken dort den Betrieb aufnahmen, und daß die Schweizer Vigognepinnerien den ihnen gewährten höheren Schutz zur Erweiterung ihrer Betriebe ausnützten. Der am 1. Juli des Berichtsjahres in Kraft getretene neue spanische Tarif machte durch seinen erheblich gestiegenen Zoll auf Eisenständer Schals und die in Eibenrod hergestellten gefälschten Tücher der Ausfuhr dieser Tücher, welche früher einen Hauptausfuhrartikel der Eisenständer Industrie nach Spanien bildeten, endgültig ein Ende.

Was der Deitrust verdient.

Gegen den amerikanischen Deitrust ist bekanntlich ein Verfahren im Gange wegen Verletzung der Bundesgesetze über den Handelsverkehr zwischen den Einzelstaaten. Der Sekretär des Trusts machte bei den Verhandlungen vor dem Bundesrichter unter anderem folgende Angaben: Das Aktienkapital des Trusts beträgt 95 300 000 Dollar. Die Nettoeinnahmen der letzten Jahre waren — für 1906 schätzungsweise — wie folgt:

Table with 3 columns: Jahr, Netto-Einnahmen, Prozent auf Akt.-Kap. Values: 1906: 65 000 000 DoL., 68,1 Proz.; 1905: 57 000 000 „ 57,9 „; 1904: 61 500 000 „ 62,5 „; 1903: 81 300 000 „ 82,9 „.

An Dividenden wurden gezahlt:

Table with 3 columns: Jahr, Dividendenrate, Betrag. Values: 1906: 40 Proz., 39 200 000 DoL.; 1905: 40 „ 39 200 000 „; 1904: 36 „ 35 280 000 „; 1903: 44 „ 43 128 000 „.

Und diese ungeheuren Summen fließen zum größten Teil, zu 90 Proz., in die Taschen der 15 Millionäre, die nachfolgend aufgeführt werden:

Table with 4 columns: Name, Prozentsatz des Aktienbesitzes, Durchschnitts-Dividenden pro Jahr, Rechnerische Dividenden. Lists names like A. D. Rockefeller, W. E. Andrews, Charles Pratt, etc.

Rechnet man das Einkommen eines Arbeiters auf durchschnittlich 2000 M., dann ergibt sich, daß die 15 Kapitalisten allein aus Kapitalgewinn soviel beziehen wie 68 800 Arbeiter für ihre aufreibende Tätigkeit. Das erklärt, warum die Dividendenskluder diese „Ordnung“ als die göttliche bezeichnen, die zum Wohle ihres Geldschranks erhalten werden soll.

Die Gründung eines deutschen Tapetentrusts wird als gesichert angesehen. Neun deutsche große Tapetenfabriken werden am 1. Oktober ihre Anlagen in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft überführen. Die übrigen deutschen Tapetenfabriken haben ihre Ansprüche, die sie für den Fall ihres Beitritts zu der zu gründenden Aktiengesellschaft stellen, einer Kommission von Taxatoren eingereicht. Gleichzeitig haben sie sich einer neugegründeten G. m. b. H. „Tapeten-Industrie-Vorbereitungsgesellschaft“ gegenüber schriftlich verpflichtet, falls eine Einigung über ihre Ansprüche erzielt wird, der Aktiengesellschaft beizutreten.

Ueber die Aussichten der Baumwollindustrie stellt ein Industrieller in dem englischen Fachblatt „The Textile Mercury“ folgende Prognose auf: Schon im Herbst des Jahres 1908 oder spätestens im Frühjahr 1909 werde ein Rückschlag in der steigenden Konjunktur eintreten. Von diesem Zeitpunkt an sei ein merklicher Wechsel der gegenwärtigen günstigen Marktverhältnisse zu erwarten, und zwar weniger hervorgerufen durch den Mangel an Nachfrage, als vielmehr infolge der Vergrößerung in der Baumwollspinnerei, da die letztere einen allgemeinen finanziellen Krach im Jahre 1910 oder 1911 herbeiführen würde, dessen Folgen sicherlich vor dem Jahre 1915 nicht überwinden sein würden. Die Errichtung neuer Spinnereien und Webereien in der Baumwollindustrie sei übertrieben und unverantwortlich. Es sei eine Tatsache, daß die englischen Webstuhl- und Spinnereimaschinenfabrikanten auf drei oder sogar auf vier Jahre mit Aufträgen versehen seien, so ganz besonders die Webstuhlfabrikanten von Lancashire. Die augenblicklich dringenden Aufträge dieser Maschinenfabrikanten könnten in frühestens zwölf Monaten erledigt werden. Ferner wären die Webstuhlfabrikanten gar nicht in der Lage, Reparaturen älterer Webstühle auszuführen, da sie die Lieferungsverträge für neue Webstühle einhalten müßten.

Deutschlands Petroleumproduktion im Jahre 1906. Die Gesamtzahl der Werke in Hannover betrug 24, die eine Gesamtproduktion von 59 196 D. Ztr. im Werte von 8 922 811 M. erzielten. Die Petroleumproduktion Bayerns betrug im Jahre 1906 131 Tonnen im Werte von 12 707 M.

Aus der Frauenbewegung.

Die Kinderhufkommission der sozialdemokratischen Frauen Leipzigs hat sich glänzend bewährt. Aus ihrem Bericht geht hervor, daß das Vertrauen dieser nichtbehördlichen Kommission aus den Bevölkerungskreisen schnell entgegengebracht wurde. Ihre Tätigkeit sei in folgendem kurz angedeutet: In 10 Fällen, wo Kinder vor der Schulzeit, Heißhuf, Bettungen, Milch usw. antrugen, in einem Falle, wo ein Knabe in einer Gastwirtschaft bis 12 und 1 Uhr nachts tätig war und in 8 ähnlich liegenden Fällen, die gegen das Kinderschutzgesetz verstoßen, wurde Remede geschaffen. Für die Mädchen im Geleitz zeugen 4 Fälle wo eigene Kinder Heberarbeit in der Spitzenweiderei leisteten, in 4 Fällen übermäßiger Anstrengung von Mädchen bei der Aufwartung konnte nicht eingeschritten werden, da sie in der Hauswirtschaft — die das Geleitz nicht faßt — beschäftigt wurden. 2 Knaben von 12 Jahren wurden Arbeitsbeschäftigungen verschafft. Der Kommission enthielt sich das soziale Geleitz in folgenden Fällen, wo sie mit schon bestehenden Kinderschutvereinen in Verbindung trat: Vier Kinder wurden spät abends beim Verkauf von Waren angetroffen; Ursache: Mutter Witwe oder Arbeitslosigkeit und Krankheit des Vaters. Sechs Kinder wurden im schmutzigsten Zustande beim Betteln — während der Schulzeit! — angetroffen. In zwölf Fällen wurde eingegriffen, wo die unglücklichen Kinder von Stiefeltern mißhandelt oder aber bei diesen stieflich gefährdet waren. Sechs Beschwerden gingen ein wegen schlechter Behandlung unehelicher und 3 Fälle wegen Vernachlässigung eigener Kinder, letztere kamen in andere Pflege. In 6 Fällen mußte für Kinder interveniert werden, die von eigenen Vätern in der Trunkenheit mißhandelt worden waren. Bei einer Beschwerde betreffend die Mißhandlung zweier Indianerkinder stellte sich heraus, daß die Waisen nicht der Obervormundschaft gemeldet waren. Fürwahr ein Bild segensreicher Tätigkeit im Interesse der armen und unglücklichen Kinder.

Ein Arbeiterinnenkongress.

In New York wurde am 14. Juli die erste Arbeiterinnenkonvention abgehalten, zu der die Vertreterinnen von 28 gewerkschaftlichen Organisationen von Arbeiterinnen erschienen waren. Die Verhandlungen waren von einem fortschrittlichen und solidarischen Geiste getragen und hoben sich sehr vorteilhaft ab von den üblichen Verhandlungen der amerikanischen Gewerkschaftskongresse. Die Delegierten erstatteten Bericht über die Zahl der Organisierten, der Nichtorganisierten, über die Durchschnittslöhne, die Arbeitszeit in ihren respektiven Berufen. Vielfach wurde über die Minderwertigkeit der männlichen Kollegen geklagt, die nicht genügend tun, die Arbeiterinnen zur Gewerkschaft heranzuziehen, ja die vielfach den Frauen feindselig gegenüberstehen, als Konkurrenz in belämpfen. Da in den Vereinigten Staaten bereits 4 800 000 Frauen und Mädchen in Handel und Industrie tätig sind, so kann eine solche reaktionäre Politik natürlich nicht zu dem gewünschten Ziele führen. Man beschränkte sich aber durchaus nicht auf die Erörterung rein gewerkschaftlicher Fragen, sondern die meisten Rednerinnen gingen erfreulicherweise weit über diesen Raum hinaus. So erklärte eine Rednerin, daß es für die Arbeiterin keine Geschlechts-, sondern nur eine Klassenfrage gäbe. Eine andere stellte die Befreiung von der Lohnsklaverei als das Endziel der Arbeiterinnenbewegung hin. Die sozialistische Partei war auf der Konvention offiziell vertreten und unter den Delegierten befanden sich verschiedene überzeugte Sozialistinnen. Im Oktober 1908 soll die zweite Konvention abgehalten werden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 11. August, Ausflug nach Strausberg. Abfahrt morgens 8 Uhr 10 Min. ab Bahnhof Friedrichstraße, ab Alexanderplatz 8 Uhr 16 Min., ab Schlesischer Bahnhof 8 Uhr 26 Min. Im Restaurant „Landhaus“ Pilsn! Dann Tour nach „Schlagmühle“ zum Straussee. Nizdorf. Die Augustversammlung fällt aus. Sonntag, den 4. August: Parteitag nach Johannisbad bei Kon. Treffpunkt 9 Uhr Richardplatz. Frühstück bei Welter Neje. Für Nachzügler um 2 Uhr vom Richardplatz. Steglitz. Sonntag, den 4. August, Ausflug nach Schmargendorf, Barnimländerstr. 6, „Wirtshaus Schmargendorf“. Treffpunkt 2 1/2 Uhr bei Schellhase, Ahornstr. 15a. Abmarsch pünktlich 3 Uhr. Die August-Versammlung fällt aus. Nächste Versammlung Donnerstag, den 12. September. Vorhwalde-Regel. Mittwoch, den 7. August, 2 Uhr, in Baldmannslust im Restaurant „Schweizerhändchen“: Gemütliches Kaffeeladen. Verein für die Interessen der Hausangestellten. Sonntag, den 4. August, Ausflug nach Kiefernau, Restaurant Seidetrug.

Soziales.

Zur preussischen Berginspektion.

Die den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen angehängte Berichterstattung der zuständigen Berginspektoren entspricht nicht im geringsten — schon äußerlich nicht — der Wichtigkeit, die dem Bergbau beigemessen werden muß.

Bezüglich des Verhältnisses der Beamten zu Unternehmern bezeichnen die Berichte durchweg gutes Einvernehmen. Aus den Zahlen über vorgebrachte Beschwerden und Besuche der Arbeiter ist zu ersehen, daß die Bergleute durchweg zu ihrer Inspektion kein Vertrauen haben. Und das ist natürlich. Der Aufsichtsbeamte des Staates rebidiert die Gruben zu wenig, auf die Meldung von seinem Kommen wird „Alar Ded“ gemacht, schlecht bewetterte oder gefährliche Betriebspunkte bekommt er nicht zu sehen und den in den Gängen und Streden sich heimlich schlängelnden Bergleuten nötigt er durch sein oft laienhaftes unführeses Vordrängen ein Lächeln ab — wenn er hinterher nicht gar ausgelacht wird, weil er dies oder das nicht gesehen hat.

Die Berichte sind durchweg einseitig abgefaßt, was bei denen der übrigen Gewerbeaufsichtsbeamten nicht allgemein der Fall ist. Deklarationen und Belohnungen, Wohlfahrtsrichtungen usw. werden in behaglicher Breite aufgezählt. In den Mitteilungen über Streiks, Frauennarbeit, Arbeitszeit usw. lassen die Berichte Objektivität vermissen.

Es waren im preussischen Bergbau beschäftigt insgesamt:

Oberbergamtsbezirk						
im Jahre	Dort- und	Sonn	Bredlau	Halle	Claus-	Zusammen
					thal	Personen
1905	260 711	109 198	183 142	58 661	18 967	589 079
1906	280 800	115 840	186 144	60 842	19 784	612 910

Die Zusammenstellung weist eine Zunahme von 23 831 von 1905 auf 1906 auf.

Revisionen sind ausgeführt worden 88 966 wovon 10 068 auf Unfalluntersuchungen abgehen. Revisionspflichtige Betriebe waren 2271 vorhanden, 2157 wurden davon rebidiert. Also nicht einmal alle Betriebe sind während des Jahres wenigstens einmal rebidiert worden. Von den rebidierten Anlagen wurden 716 einmal, 535 zweimal und 1620 drei- und mehrmals besucht. An Sonn- und Festtagen fanden 690, in der Nacht gar nur 570 Revisionen statt. Wenn man bedenkt, daß im Bergbau fast ausschließlich in Tag- und Nachtschicht gearbeitet wird, erscheint die Zahl der ausgeführten Revisionskontrollen doppelt geringfügig. Um so mehr, als erfahrungsgemäß nachts am meisten „gefabelt“ wird.

9724 Arbeiterinnen waren 1906 im Bergbau beschäftigt, 207 mehr als 1905. Im Oberbergamtsbezirk Bredlau, im Bereiche der meisten Zentrumsgruben allein 8532 gegen 8340 im Vorjahre. Weiter ist die Frauennarbeit heimlich im Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands, während sie im Oberbergamtsbezirk Dortmund, abgesehen von Voreinreinigung usw., nicht zu finden ist. Neben den Frauen waren 1906 noch 684 jugendliche weibliche Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren im Bergbau beschäftigt. Die Beschäftigung der Frauen auf den Gruben ist verwerflich. Die Arbeit ist viel zu schwer, dem weiblichen Organismus durchaus schädlich. Alle Kenner der Verhältnisse beurteilen einmütig die Frauennarbeit auf den Gruben, nur die Berginspektoren finden keinen Anstoß daran; sie finden kein Wort des Tadelns für die Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft.

Die Bezahlung ist eine erbärmliche. Im Köchener Braunkohlenbezirk betrug der Durchschnittslohn für weibliche Arbeiter 1,96 M. pro Schicht, im Oberbergamtsbezirk Halle 1,75 M. Niederschlesien bezahlte 1,56 M. und Oberschlesien 1,17 M. pro Schicht!

Die Löhne für die Bergarbeiter insgesamt schwanken im Durchschnitt in den einzelnen Bezirken zwischen 2,31 und 4,41 M. Den niedrigsten Satz erhalten die meist „Lohnlosen“ Bergleute des Erzbergbaues am Oberharz, die 4,41 M. Höchstlöhne entfallen auf den verhältnismäßig unbedeutenden Bezirk Kachen.

Das trübste Kapitel ist das über Unfälle. Allein das Ruhrrevier hatte 1906 44 267 Unfälle zu verzeichnen. Von diesen waren entschädigungspflichtig 6122. Schwerverletzt waren 4580, leichtverletzt 39 145, tot 586. 699 Unfälle sollen durch „eigenes Verschulden“ entstanden sein. Die durchschnittliche Tagesrente der Krüppel betrug 75 Pfennig!

Die Angaben über den preussischen Bergbau und seine Inspektion rechtfertigen das Verlangen: Anstellung von Kontrollleuten aus Arbeiterkreisen! In allen bergbaureichenden Ländern sind die Erfordernisse mit dieser Institution gute gewesen. England hat trotz erheblicher Gefahren des Bergbaues an sich jährlich 30—40 Proz. Unfallverletzte weniger als Deutschland. In Belgien und Frankreich ist die Unfallziffer nach Einführung der Arbeiterkontrollleute gesunken. Deutschland, das Weltamland der Sozialgesetzgebung“ glänzt durch von Jahr zu Jahr steigende Unfallziffern.

Gerichts-Zeitung.

Ein gefährlicher Kinderfreund.

Der Arbeiter Franz Schulz aus Charlottenburg stand gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III unter der Anklage, sich an Kindern durch unzüchtige Berührungen und körperliche Beleidigungen sträflich vergangen zu haben. Der 27jährige Angeklagte war jung verheiratet; als seine Frau aber am Pfingstsonntag eine Besuchsfreize antrat, kam Schulz auf böse Gedanken. Schon am Pfingstsonntag lockte er mehrere kleine Mädchen im Alter von 5, 6, 7 und 8 Jahren in seine Wohnung, um sich an ihnen im Sinne der Anklage zu vergehen. Durch die Beweisaufnahme wurde die Schuld des Angeklagten in drei Fällen erwiesen. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis.

Die Schwindelereien eines Winkelkonsulenten

unterlegen gestern der Beurteilung der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts II. Der Arbeiter Arthur Röhlis aus Johannisthal war des Betruges in acht Fällen und der Urkundenfälschung in drei Fällen angeklagt. Der jetzt 27jährige Röhlis hatte vor mehreren Jahren ein Jahr lang bei einem Rechtsanwalt als Schreiber gearbeitet, verließ diese Stellung aber, weil ihm das Gehalt nicht genügte. Die in den Diensten des Rechtsanwalts erworbenen Kenntnisse hielt der junge Mann für ausreichend, um gegen gutes Geld dem Publikum seine Dienste als Rechtskonsulent anzubieten. Bald kamen auch Leute, die für ihre Prozesse den Rat eines Rechtskundigen in Anspruch nehmen wollten, denen ein Rechtsanwalt aber zu teuer war. Viel billiger machte es schließlich der Angeklagte auch nicht. Er nahm von den Rechtsuchenden vor allem einen erheblichen Vorkauf, dessen Betrag zwischen drei und 160 Mark schwankte. Damit war aber auch die Tätigkeit des Herrn „Konsulenten“ erschöpft, er unternahm in den ihm übergebenen Prozessen nichts und wenn die Kunden dann für ihr Geld etwas sehen wollten, so zeigte er ihnen gefällige Quittungen über Rechtsanwaltsgebühren und dergleichen; diese letzteren Straftaten hatten ihm die Anklage wegen Urkundenfälschung eingetragen. Der Staatsanwalt beantragte für die durch die Beweisaufnahme festgestellten drei Fälle der Urkundenfälschung und acht Fälle wiederholten Betruges eine Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Der biedere Bäckermeister.

Einen billigen Geschäftsbetrieb sich einzurichten hatte der Bäckermeister Rudolf Daminian verstanden, indem er zur Herstellung seiner Backwaren vielfach gestohlenen Mehl verwendete. In eingeweihten Kreisen war es ein offenes Geheimnis, daß er gern von Mehlhändlern „überzählige“ Ware ankauft und verarbeitet. Er wurde dem

auch von seinen Lieferanten gut bedient. So hatte er sich auch mit dem bei dem Fuhrherrn Müller bediensteten Kutscher Billmann ins Einvernehmen gelegt und diesem bedeutet, daß, wenn er einmal etwas habe, er es ihm nur bringen solle. Am 6. Juni 1906 hatte nun B. 50 Sack Mehl vom Hamburger Bahnhof geholt und diese an verschiedene Kunden abzuführen. Als er an dem Geschäft des D. „zufällig“ vorbeikam, wurde in aller Eile ein Sack Mehl im Werte von 30 M. abgeladen und in den Keller des D. verschoben. B. erhielt dafür 2 M. Das Fehlen des Sackes wurde an der entsprechenden Stelle natürlich bemerkt und dieser bei Müller reklamiert. Müller, dem D. als Dieb ebenfalls bekannt war, vermutete sogleich, daß der Sack an D. verschoben worden sei, was der Kutscher auf Verhören auch eingestand. B. begab sich nun mit dem Kriminalinspektormann Laude zu D. und erlachte von den dort vorgefundenen 9 Sack Mehl zwei als sein Eigentum, ein Sack Mehl, das D. auch von anderer Seite bereits bedient worden war. Laude beschlagnahmte das Mehl, verschloß den Keller und nahm den Schlüssel mit auf die Polizeiwache, bis das Erforderliche in der Angelegenheit geschehen sei. Als später Müller sich sein Mehl abholen wollte, war es verschwunden. D. hatte in der Zwischenzeit den Keller mit einem Dietrich geöffnet, das Mehl verboden und die Sacke verkauft. Bezahlung hat Müller bis zum heutigen Tage noch nicht erhalten. Der Kutscher wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Diebstahls verurteilt, D. wegen Fehlleisterei und vorläufiger Verleumdung beschlagnahmter Gegenstände zu insgesamt zwei Monaten und 1 Woche Gefängnis. Wegen dieses Urteils hatte D. die Freistadt, Verurteilung einzulegen und machte geltend, daß der Sack Mehl nur irrtümlich bei ihm abgegeben worden sei und er ihn angenommen habe in der Meinung, daß es der von ihm bestellte sei. Dem Kutscher habe er 20 Pf. Trinkgeld geben wollen, ihn aber ebenso irrtümlich statt deren 2 M. gegeben. Die 6. Ferienstrafkammer Landgerichts I. M. jedoch zu denselben Feststellungen wie das Schöffengericht und erkannte auf Verurteilung der Verurteilung.

In Wahrung berechtigter Interessen.

Der Schankwirt Adolf Grunert hat am 15. März 1907 als Schriftführer des Verbandes der freien Schankwirte Deutschlands in einer öffentlichen Versammlung beim Restaurateur Schmidt, Berlinerstraße 5, gelegentlich einer im Verband zur Sprache gebrachten schankpolizeilichen Uebertretung, wegen deren G. verurteilt war, öffentlich behauptet: Vor dem Niddorfer Schöffengericht habe der Schuhmann Stoffregen nicht nur einen, sondern zwei Reineide geschworen. Die überwachenden Beamten, Wachmeister Thurn und Schuhmann Gasse, nahmen dies zu Protokoll und Stoffregen stellte Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung. Der Staatsanwalt beantragte, den der Tat überführten Angeklagten mit vier Wochen Gefängnis zu bestrafen. Das Niddorfer Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Buhrow nimmt jedoch an, daß Grunert, als er seine Gerichtsrede im Verande erdrierte, nicht die Absicht gehabt habe, jemand zu beleidigen und spricht ihn kostenlos frei.

Ein Minderwertiger, ein Lump.

Die sächsischen Gerichte tun, was sie nur können, um die Arbeitswilligen zu schützen, und erst kürzlich hat ein Amtsrichter beim Schöffengericht Chemnitz den Arbeitswilligen als eine vornehme Aufgabe bezeichnet. Wegen der geringsten Beleidigung eines Arbeitswilligen muß der § 163 der Gewerbeordnung herhalten und die ausgeworfenen Strafen stehen meist in furchtbarem Mißverhältnis zu dem angeblichen Streitvergehen. Da ist schon eine Freisprechung wert, daß sie verweigert wird. Auf Anzeige eines jener nützlichen Elemente hatte sich wegen Streitvergehens der Zuschläger Friedrich zu verantworten; er sollte den Zuschläger Rai, den Strafantragsteller, durch die Verzeichnung Minderwertiger und Lump beleidigt haben, um ihn zu bestimmen, sich mit am Streit zu beteiligen und nicht mehr als Arbeitswilliger zu arbeiten. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab aber die Wahrheit der Behauptung des Angeklagten, daß dieser nur dem unorganisierten Rai eigene, vor Ausbruch des Streiks in bezug auf etwaige Streifordere gemachte Kennzeichnung vorgehalten habe. Rai spielte nun seine traurige Rolle weiter und behauptete, die bereiteten Zeugen und der Angeklagte hätten sich verabredet. Das war aber selbst dem Gericht zu dumm, das dem Rai den Glauben verlagte und den Angeklagten frei sprach. — Als moralisch Beurteiler zog der Denunziant von daan.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Bäcker, Konditoren, Schokoladenarbeiter und Arbeiterinnen tagte am Mittwoch in den Sophienhallen. Barth referierte über das Thema: „Welche Bedeutung hat der Verband der Bäcker und Konditoren für unsere Berufsgenossen?“ Der Referent erläuterte in längerer Ausführung die Vorteile der Verschmelzung des Bäckerverbandes mit dem ehemaligen Konditorenverband. Hervor hebt er unter anderem, daß die Unterstützung jetzt in größerem Umfange gewährt wird als im Konditorenverband. In der Diskussion schildert Weirauch die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Branche, hauptsächlich bei Hildebrandt, Sarotti und Seifert u. D. a. — Richtig erklärt den Mißerfolg des alten Konditorenverbandes und hält den Kolleginnen und Kollegen die Lohnbewegung vor zwei Jahren vor Augen. R. wünscht, daß öfter Betriebsversammlungen abgehalten werden, um das Interesse der Verbandsgenossen zu erregen. Krause verbreitet sich des längeren über Mißstände in Kaffeeabriken. Junge schildert die Unsauberkeit in der Bäckerei Krause, Charlottenburg, in der in einem kleinen Schlafraum 9 Mann, je drei übereinander, schlafen, und ermahnt, darauf zu achten, daß Sonnabends die achtstündige Ruhepause eingehalten werde. Im Schlusssatz geht der Referent Barth nochmals auf die traurige Lage der Verbandsgenossen ein und fordert die Kolleginnen und Kollegen auf, nach Kräften für die Organisation zu agitieren, damit bessere Verhältnisse mit Erfolg zu erkämpfen sind. Die Versammlung war gut besucht.

Vermischtes.

Auf den Prellbock aufgefahren. Amlich wird aus Stralsund gemeldet: Am 31. Juli 6 Uhr 31 Minuten nachmittags fuhr auf Bahnhof Stralsund der von Rügen kommende Personenzug 228, soweit bisher ermittelt werden konnte infolge Verlangens der Bremse, auf den Prellbock des stumpschendigen Einfahrtgleises auf. Mehrere Personen wurden leicht verletzt, ein Wagen entgleiste; Materialschaden unbedeutend. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Die strammstehenden Straßenbahnen. Unter diesem Titel bringt die „Volls-Zeitung“ folgende Mitteilung: In den Bahnhöfen der Dresdener sächsischen Straßenbahn ist seit kurzem folgende Verordnung der Direktion angehängt.

Dresden, 15. Juli 1907.

Betrifft Kontrolle der Fahrausweise Nr. 1—125. In Ergänzung des Schlusssatzes der Verfügung vom 3. Februar 1906 — B. 44 — wird hiermit angeordnet, daß bei den Fahrausweisen 1—125, deren Inhaber Mitglieder des Rates und des Stadtdirektorienkollegiums sind, seitens der Inhaber in jedem Falle die Angabe der Nummer des Fahrausweises genügt, so daß sie zur Vorweisung oder Aushändigung des Fahrausweises nicht verpflichtet sind.

Nach Rennung der Nummer des Fahrausweises hat der Schaffner das dienstliche Verhältnis gegenüber dem Inhaber des Fahrausweises dadurch zur Erscheinung zu bringen, daß er kurz Stellung nimmt.

In dieser Weise ist den Inhabern der Fahrausweise gegenüber auch an Kontrolltagen zu verfahren.

Die Direktion (gez.) Dr. Kretschmar (gez.) Stoppel.

Das Blatt bemerkt hierzu: Leute, die für sich ein Extrarecht beanspruchen, indem sie sich als Mitglieder des Rates oder der Stadtdirektorienversammlung ausweisen — hoffentlich machen sie den Schaffnern alle einen Antrittsbuch, damit sie von diesen kennen gelernt werden — die können schon verlangen, daß die Schaffner sitzen bleiben. Nur mühte es jedesmal fünf Minuten dauern, und der Wagenführer an der Spitze des Wagens mühte sich an dieser Operation beteiligen. Erst dann wären alle berechtigten Ansprüche des Rates und der Stadtdirektorienversammlung erfüllt.

Schiffszusammenstoß. Die Hamburg-Amerika-Linie meldet, daß der Schnelldampfer „Kaiserin Auguste Viktoria“ am letzten Freitag im Kanal bei Rebel mit einem französischen Segelschiff leicht zusammengefahren ist. Beide Schiffe sind fast unbeschädigt und haben die Reise fortgesetzt. Das Segelschiff ist inzwischen in Havre eingelaufen, der Schnelldampfer trifft Sonnabend in New York ein.

Wieder einmal das Automobil! Von einem Automobil, in welchem sich Baronin Quitzauer-Franfurt a. M. von Eger nach Franzensbad begeben wollte, wurde nach Wiener Meldung ein zwölfjähriges Mädchen in einen Straßengraben geschleudert und lebensgefährlich verletzt. Der Chauffeur wurde verhaftet. Die Verhandlung über diesen Vorfall findet am Donnerstag in Eger statt.

Dynamitexplosion. In einer Mühle in der Nähe von Jarwaro explodierten, nach einer Meldung aus Lemberg, während des Röhrlanges drei Dynamitpatronen, die ein Bauer zum Fischfang benutzen wollte, aber in der Mühle vergessen hatte. Die Mühle wurde beinahe vollständig zerstört, zwei Personen in Stücke gerissen, mehrere verletzt.

Bootsunfall auf der Elbe. Aus Prag wird gemeldet: Der Professor der montanistischen Hochschule in Rejzbram namens Groß unternahm mit seinem Bruder und seinen vier Kindern eine Bootsfahrt auf der Elbe. Infolge Sturmes kenterte das Boot, der Professor und ein Kind ertranken, während sein Bruder und die übrigen drei Kinder nur mit großer Mühe gerettet werden konnten.

Briefkasten der Redaktion.

O. W. Mit Bezug auf durch chemische Reinigung. — R. H. Sehen Sie im Einzelbuch nach. Dasselbe liegt in allen öffentlichen Bibliotheken aus. — R. 34. Ja. — R. 10. In der sächsischen Fortbildungsschule, Niedermühlstraße. — R. G. 2. Ober-Schöneweide. Ein Rollen auf einer Schiene. — Niddorf 120. Jän. Söhne.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der sächsischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Weizen Ia 70—72, IIa 64—66, IIIa 59—60, Weizen Ia 65—70, IIa 55—64, Rüböl, Ila 64—66, IIa 60—62, IIIa 55—57, Vullen, Ila 55—64, IIa 50—52, IIa 48—50, Doppelender 100—120, Weizen Ia 73—82, IIa 64—72, IIIa 55—57, IIa 50—52, IIIa 45—47, IIa 40—42, IIIa 35—37, Ila 64—66, IIIa 55—57, Ila 50—52, IIIa 45—47, Ila 40—42, IIIa 35—37, Ila 30—32, IIIa 25—27, Ila 20—22, IIIa 15—17, Ila 10—12, IIIa 5—7, Ila 0,00—0,02, IIIa 0,00—0,01, Ila 0,00—0,01, IIIa 0,00—0,005, Ila 0,00—0,005, IIIa 0,00—0,002, Ila 0,00—0,002, IIIa 0,00—0,001, Ila 0,00—0,001, IIIa 0,00—0,0005, Ila 0,00—0,0005, IIIa 0,00—0,0002, Ila 0,00—0,0002, IIIa 0,00—0,0001, Ila 0,00—0,0001, IIIa 0,00—0,00005, Ila 0,00—0,00005, IIIa 0,00—0,00002, Ila 0,00—0,00002, IIIa 0,00—0,00001, Ila 0,00—0,00001, IIIa 0,00—0,000005, Ila 0,00—0,000005, IIIa 0,00—0,000002, Ila 0,00—0,000002, IIIa 0,00—0,000001, Ila 0,00—0,000001, IIIa 0,00—0,0000005, Ila 0,00—0,0000005, IIIa 0,00—0,0000002, Ila 0,00—0,0000002, IIIa 0,00—0,0000001, Ila 0,00—0,0000001, IIIa 0,00—0,00000005, Ila 0,00—0,00000005, IIIa 0,00—0,00000002, Ila 0,00—0,00000002, IIIa 0,00—0,00000001, Ila 0,00—0,00000001, IIIa 0,00—0,000000005, Ila 0,00—0,000000005, IIIa 0,00—0,000000002, Ila 0,00—0,000000002, IIIa 0,00—0,000000001, Ila 0,00—0,000000001, IIIa 0,00—0,0000000005, Ila 0,00—0,0000000005, IIIa 0,00—0,0000000002, Ila 0,00—0,0000000002, IIIa 0,00—0,0000000001, Ila 0,00—0,0000000001, IIIa 0,00—0,00000000005, Ila 0,00—0,00000000005, IIIa 0,00—0,00000000002, Ila 0,00—0,00000000002, IIIa 0,00—0,00000000001, Ila 0,00—0,00000000001, IIIa 0,00—0,000000000005, Ila 0,00—0,000000000005, IIIa 0,00—0,000000000002, Ila 0,00—0,000000000002, IIIa 0,00—0,000000000001, Ila 0,00—0,000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000005, Ila 0,00—0,0000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000002, Ila 0,00—0,0000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000001, Ila 0,00—0,0000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000005, Ila 0,00—0,00000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000002, Ila 0,00—0,00000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000001, Ila 0,00—0,00000000000001, IIIa 0,00—0,000000000000005, Ila 0,00—0,000000000000005, IIIa 0,00—0,000000000000002, Ila 0,00—0,000000000000002, IIIa 0,00—0,000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000000005, Ila 0,00—0,0000000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000000002, Ila 0,00—0,0000000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000000001, Ila 0,00—0,0000000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000000005, Ila 0,00—0,00000000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000000002, Ila 0,00—0,00000000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000000001, Ila 0,00—0,00000000000000001, IIIa 0,00—0,000000000000000005, Ila 0,00—0,000000000000000005, IIIa 0,00—0,000000000000000002, Ila 0,00—0,000000000000000002, IIIa 0,00—0,000000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000000000005, Ila 0,00—0,0000000000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000000000002, Ila 0,00—0,0000000000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000000000001, Ila 0,00—0,0000000000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000000000005, Ila 0,00—0,00000000000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000000000002, Ila 0,00—0,00000000000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000000000001, Ila 0,00—0,00000000000000000001, IIIa 0,00—0,000000000000000000005, Ila 0,00—0,000000000000000000005, IIIa 0,00—0,000000000000000000002, Ila 0,00—0,000000000000000000002, IIIa 0,00—0,000000000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000000000000005, Ila 0,00—0,0000000000000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000000000000002, Ila 0,00—0,0000000000000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000000000000001, Ila 0,00—0,0000000000000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000000000000005, Ila 0,00—0,00000000000000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000000000000002, Ila 0,00—0,00000000000000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000000000000001, Ila 0,00—0,00000000000000000000001, IIIa 0,00—0,000000000000000000000005, Ila 0,00—0,000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,000000000000000000000002, Ila 0,00—0,000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,000000000000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000005, Ila 0,00—0,0000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000002, Ila 0,00—0,0000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000001, Ila 0,00—0,0000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000005, Ila 0,00—0,00000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000002, Ila 0,00—0,00000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000001, Ila 0,00—0,00000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,000000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,000000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,000000000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,000000000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,000000000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,0000000000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,0000000000000000000000000000000001, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000000000005, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000000000005, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000000000002, Ila 0,00—0,00000000000000000000000000000000002, IIIa 0,00—0,00000000000000000000000000000000001, Ila 0,00—0,000000000000000

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 2. August.
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Operntheater.
Traviata.
Deutsches. Der Jongleur.
Sänger O. (Wagner-Theater.)
Carmen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Weg zur Hölle.
Neues Schauspielhaus. Raffes.
Neues. Ein seltsamer Fall.
Königliche Oper. Tosca.
Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Aufwachen.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Urania. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterauto. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vasage. Spezialitäten.
Urania. Tandemkroche 18/19.
Um 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Schiller-Theater O.

(Wagner-Theater.)
Norma-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel der groß. Hofopernsängerin Gertrud Kungo: Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel:
Der Postillon von Lonjumeau.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei halben Preisen:
Die Afrikanerin.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Gertrud Kungo:
Die lustigen Weiber von Windsor.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.

Anfang 8 Uhr.
Sufarenfieber.

Zentral-Theater.

Sonnabend, den 3. August: Premiere:
Tagebuch einer Verlorenen.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.

Apollon Theater

Ab 8 Uhr: Debüt der neuen Attraktionen. U. a.: Gumbel-Bummi, Blyfar und Panto, Eggentier, Tili Wlody von Kaulbach, Jüdische Tänze, 10 Uhr: Stimmisches, ununterbrochenes Lachen über

Hartstein

als Crösorvortischer Lehmann in seiner besten
„Der Hochzeitsgast“

DERNHARD ROSE THEATER

St. Franziskusstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das erste August-Programm.
Sperlich 50 Pl. Entree 30 Pl.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Zum 59. Male:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Das neue August-Programm! 9 1/2 Uhr: Der Hund v. Basterville. 9 Uhr: Egon Piton m. 1. Charakterstudien: Berlin unter d. Linden. Anfang 6 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Sonnabend: Einmal. Auftreten des Dir. H. Hill.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Daumentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pl.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

DOLOMITISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pl. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Walhalla-Variete-Garten

Weinbergsweg 19/20, Rotentw. Tor.
Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
Anf. Konzert 8; Vorstellung 7 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler Arturo Bernardi
! und das neue großartige!

August-Programm.

14 Attraktionen 14.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.
Heute:
Vollständig neues Programm.
Die Delmas, der ballspielende Hund.
Jad-Thro-Trio.
equilibristischer Kofoto-Akt.
Paul Coradini.
Gänzlich neu!
Carmen.
Anfängerführung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Montag, 5. August: Benefiz für H. Richter. Thomas Red, Stadtverordener: B. Rose.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße 57.
Sonnabend, den 3. August:
Wieder-Eröffnung.

Premiere von Madame Wig-Way.

Operetten-Parade von Anton u. Donat Herrnfeld. Kauf u. 2. Stal.
Dazu die Scherz-Oper:
Es lebe das Nachleben!
Premierenbillets (schon heute) von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Fröbels Allerlei-Theater

fröh. Vahlmann, Schön. Allee 148.
Bestes Volkstheater Berlins.
Heute: **Kinderfesttag.**
Neu! !! Racingtruppe!!!
Die Todesfahrt im Volantessel.
Konkurrenzenfahren um die Prämie von 1000 Mark. Ashley, Nighton, Max Rée, Ellen Etenna, Belfort usw. usw.
Nur u. einige Tage: Großstadtrauer.
Täglich im Saal: Großer Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pl.
Am Donnerstag, den 8. August: Benefiz Klara Linz: Kuris - Phryx.

Volksgarten-Theater.

Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.
Großstadtzauber.
Original - und stattungs - Operetten-Parade in 2 Akten von B. Gerde.
Musik von Alfred Sommerfeld.
Dazu:
Das neue
Riesen - Spezialitäten - Programm.
Vollbelustigungen.

Gstbahn-Park

Am Kästrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Neue Welt

Hasenheide 103-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung

Abends 10 Uhr:
Rau Diedel Dau.
Große Burlesk-Pantomime, in 2 Bildern und einem Zwischenpiel für die Neue Welt bearbeitet von Kurt Ellis.
Anfang 5 Uhr.
Entree zum Konzertgarten 10 Pl. Theatergarten 25 Pl.

Prater-Theater.

Rastanien-Allee 7/9.
Jägerliebchen.
Spezialitäten 1. Ranges.
Auftreten der Löwenbraut Tilly Bébé mit ihrem dreif. Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang
Wochentags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen
Garten
u. Rest.: Gr. Militär-Konzert.

Sanssouci, Kottbuser

Strasse 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Bei gütiger Bitterung a. der Gartenblühne.
Sonn. Konz. u. Sonntag:
Hoffmanns Norddeutsch-Sänger
u. Tanskränzchen.
Stets neues aktuelles Programm.
Sonn. u. nachm. 8 U.
In Vorbereitung: In der Domina. Kostüm!

Belle-Alliance-Garten

6 Uhr: Konzert und Variété.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13/15.
Wöchentliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Otto Pritzkow

Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neubeiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Juwelen, Goldwaren, Uhren, sehr preiswert bei Julius Kurth, 11 Neue Roh-Strasse Nr. 11.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Linden-Strasse 69

Leuchtkugeln

Wir empfehlen:
Erste und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste:
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Leuchtkugeln

Wir empfehlen:
Erste und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste:
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Leuchtkugeln

Wir empfehlen:
Erste und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste:
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Leuchtkugeln

Wir empfehlen:
Erste und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste:
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Leuchtkugeln

Wir empfehlen:
Erste und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste:
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Leuchtkugeln

Wir empfehlen:
Erste und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste:
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Leuchtkugeln

Wir empfehlen:
Erste und heitere Vortragsgedichte für Arbeiterfeste:
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1299. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1957.

Versammlung der Bauanschläger

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: „Der Kampf um Recht.“
— 2. Diskussion. — 3. Verhandlungs- und Branchenanliegenheiten. — 4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden die Vorschläge zu unserem am 31. August in der „Neuen Welt“ stattfindenden Sommerfest ausgegeben.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. 91/14
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15
Sitzung der Ortsverwaltung.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonnabend, den 3. August 1907, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. 190/3 Der Vorstand.

Frauenleiden!

In diesem Monat werden in unserer
„Frauenheilstalt“, Hackescher Hof, Rosenthalerstr. 40
nachmittags von 3—4 Uhr Frauenvorträge gehalten.
Jede Frau wird sachwissenschaftlich frei untersucht und erhält über ihr
Leiden naturärztliche Ratschläge bekannter Vortragender.
55532
Otto Grundmann, prakt. Frauenheilkundiger.

Diez' Spezialitäten - Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Besondere Jahresgelegenheit n. allen Stadteicht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Niesen-Kocherfolg.

Landsberger Allee auf Stelzen.

5 Allison, phänomenale Akrobaten. — The Reros, konkurrenzlose
Reußer. — Heinz Heuer, Sell Geldern, prolongiert.
Dazu das neue brillante August-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche. Volkbelustig. aller Art. Entree 20 Pl., Sonn. 30 Pl.

Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
Sozial-Räder n. 60.—, Sozial-Luxus- mit 95.—
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Fritz Sinte, Mauersr. 89.
Zentrum II: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße

2. Wahlkreis, Witten: Gustav Schmidt, Dölowsr. 52, Hof. Säden und Schwedens: Hermann Werner, Gneisenaustr. 12, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Pringelstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Dren: Robert Bengels, Rüdigerdorferstr. 3, am Röhrenplatz. — Wilhelm Mann, Rüdigerdorferplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Buch, Reibstr. 42 (Laden).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weike, Kargersdörferstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Keesstr. 36, Eingang Wallmerstraße.
Gesundbrunnen: A. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Marx, Logenstr. 123.
Alt-Glennicke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharberg, Seifenheimerstraße 1, Hof. Gortelstraße, Laden.
Wilmsdorf-Balensee: Georg Fese, Beckstr. 48, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmshagen: Otto Seidel, Kronprinzenteich 50, I.

Rummelsburg, Boxhagen: U. Rosenkrantz, Mi.-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schöder, Köpenickerstr. 1.
Rixdorf: M. Heinrich, Rixdorfstr. 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, GutsMuthsstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: R. Müller, Beckstr. 41/42.
Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Edsonstr. 10, I.
Nieder-Schöneberg: Bonifant, Haffelweberstr. 8.
Johannisthal: Franz Günold, Edsonstr. 7.
Adlershof: Erich Steuer, Gadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Saumann, Rudowwalderstr. 4b.

Köpenick: Friedrich Bold, Riehrstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: A. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:
G. Mohr, Döppstr. 12, und H. Schellhase, Hagenstr. 15a.
Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
Baumschulenweg: Stod, GutsMuthsstr. 2, II.
Tropfow: Rob. Gramenz, Rixdorfstraße 412, Laden.
Non-Weissenau: Kurt Rudmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:
B. Gurtig, Grotzstr. 108, II.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Bergstraße, Rixdorfstr. 10.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freimaldt, Wäpplerstr. 7b.
Bernau: Heinrich Brose, Döberstr. 73, part.
Eichwalde, Zehlendorf, Hermsdorf und Hanksel Ablage:
Alfred Gräß, Schwalbe, Kronprinzstr. 82, I.
Tollow: Wilhelm Kehler, Hobersteinweg 7.
Nowawen: Wilhelm Jappe, Briesterstr. 46.
Spandau: Köppen, Bagowstr. 9.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitglidern zur Rechtsich, dah der Kollege, Tischler
Gustav Neumann
am 30. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Friezenwalderstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Maurers
Wilhelm Wegener
sagen allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen vom Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zentralverein Berlin, Bezirk Wedding) hiermit besten Dank.
Emma Wegener
55552 nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Maurers
Wilhelm Wegener
sagen allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen vom Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zentralverein Berlin, Bezirk Wedding) hiermit besten Dank.
Emma Wegener
55552 nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Maurers
Wilhelm Wegener
sagen allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen vom Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zentralverein Berlin, Bezirk Wedding) hiermit besten Dank.
Emma Wegener
55552 nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Alfred Lorenz
sage ich allen Freunden und Verwandten, dem Wahlverein sowie seinen Kollegen und Kolleginnen meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Braut
Margarete Potigh.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Metallarbeiters **Onkar Bastidon**, sage ich allen daran Beteiligten, insbesondere seinen Kollegen der Firma F. F. A. Schulz, Rixdorfstr. 47/48, sowie dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, und dem Wahlverein, Bezirk Weissenau, meinen innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
M. Bastidon nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse Pankow.

Vom 1. August 1907 an fungiert der
Sanitätsrat Dr. Freund
nicht mehr als Arzt für die hiesige Ortskrankenkasse. Vom genannten Tage an darf derselbe daher auch nicht mehr für Rechnung der Kasse in Anspruch genommen werden.
An Stelle des ausgeschiedenen wird nunmehr der praktische Arzt
Dr. L. Sobeski,
Berlin, Pringel- Allee 41
für die Kasse tätig sein, welcher seine Sprechstunden von 8—9 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags abhält.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse
Pankow.
Hofrichter, Vorsitzender.

Bund d. Pflanzervereine

von Berlin u. Umgegend.
Sonntag, den 4. August cr.:
Besichtigung der Späth-schen Baumschulen,
Baumschulenweg bei Berlin.
Treffpunkt im „Restaurant zur Baumschule“ dabei, vormittags 9 1/2 Uhr.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Gäste willkommen!
Der Vorstand.

Restaurant „Prälaten“

Weissenau,
Lehder-Strasse 122.
Wiedereröffnung meines neu-renovierten Tanzlokals Sonntag, den 4. August. Jede alle Freunde, Bekannten und Gewerkschaftsmitglieder freundlichst ein. Hermann Dräger.

Nathan Wand

129 Stallstr. 129.
Die schönsten 55502*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie in gebl.
Monats-Garderobe
von Modellen gefragte Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
sowie in großer Auswahl zu den niedrigsten
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallstr. 129.
Die schönsten 55502*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie in gebl.
Monats-Garderobe
von Modellen gefragte Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
sowie in großer Auswahl zu den niedrigsten
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallstr. 129.
Die schönsten 55502*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie in gebl.
Monats-Garderobe
von Modellen gefragte Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
sowie in großer Auswahl zu den niedrigsten
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallstr. 129.
Die schönsten 55502*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie in gebl.
Monats-Garderobe
von Modellen gefragte Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
sowie in großer Auswahl zu den niedrigsten
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallstr. 129.
Die schönsten 55502*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie in gebl.
Monats-Garderobe
von Modellen gefragte Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
sowie in großer Auswahl zu den niedrigsten
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallstr. 129.
Die schönsten 55502*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie in gebl.
Monats-Garderobe
von Modellen gefragte Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
sowie in großer Auswahl zu den niedrigsten
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallstr. 129.
Die schönsten 55502*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie in gebl.
Monats-Garderobe
von Modellen gefragte Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
sowie in großer Auswahl zu den niedrigsten
billigen Preisen zu haben.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Im V. Kreise stehen uns die „Union-Festfälle“, Greifswalderstr. 222, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

In letzter Zeit sind wiederholt Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten seitens der Parteigenossen direkt an die Redaktion des „Vorwärts“ eingelaufen worden. Wir weisen daher nochmals darauf hin, daß alle derartigen Mitteilungen durch die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission, Gen. Rich. Henschel, N. 28, Wollmerstraße 51, zu richten sind:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Hofstraße 12.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagelbergstraße 27.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnsstraße 24.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, Straßmannstraße 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, Auguststr. 51.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Wollmerstraße 51.

Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kohn, Rixdorf, Seelowstr. 22.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried, Kummelsburg, Kantstr. 22.

Für Potsdam-Ostbarnim an den Genossen Karl Litz, Spandau, Mittelstr. 13.

Für die übrigen Orte der Provinz Brandenburg sind alle Mitteilungen direkt an den Obmann der Kommission zu richten und müssen letztere mit dem Stempel der betr. Organisation sowie der Adresse des Einsenders versehen sein.

Wir ersuchen die Parteigenossen, vorstehendes genau zu beachten. Einsendungen direkt an die Redaktion des „Vorwärts“ werden nicht berücksichtigt.

Die Lokalkommission.

Kreis Niederbarnim. Am Dienstag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr, findet in Lichtberg eine öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Frauen des Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim statt. Genosse Max Schütte hält einen Vortrag über: „Die Bedeutung des Parteitag für die Frauen und das Frauenwahlrecht.“ Ferner steht auf der Tagesordnung: Wahl einer Delegierten zum deutschen Parteitag sowie zur Provinzialkonferenz.

Die Parteigenossen und Genossen aus allen Orten des Kreises sind hiermit eingeladen. Allen tätigen Genossinnen wird es zur Pflicht gemacht, für guten Besuch dieser Versammlung durch rege Agitation in ihren Orten Sorge zu tragen.

Die Kreisvertrauensperson.

Brandenburg. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 4. August, nachmittags 3 Uhr, im Lokal „Waldhaus Sandhausen“ eine Volksversammlung stattfindet; in derselben wird Genosse Albrecht Fälle über die gegenwärtige politische Lage sprechen. Die Genossen werden ersucht, für diese Versammlung ganz besonders zu agitieren, vorzüglich unter den Frauen.

Berliner Nachrichten.

Sonntagmorgen in Alt-Berlin.

Wenn die letzten Sterne erbleichen und die anbrechende Morgenröte den Himmel in einen rosigen Schleier hüllt, wenn die Sperlinge schlaftrunken auf der Dachfirst sitzen und sich mit ihrer Morgentoilette beschäftigen und einzelne Nachtschwärmer großtun ihrer Behausung zutorkeln, dann regt sich allmählich im alten Viertel Berlins.

Hier und da öffnet sich ein Fensterladen und eine notdürftig bekleidete Frauengestalt wirft einen raschen, fragenden Blick hinaus in den Nachbereich des alten Wettermachers Petrus; oder ein alter Mann, das Hausknechtchen auf dem spärlichen Haar, lehnt sich zum Fenster hinaus und schmauchd gemächlich sein Pfeifen.

Nach und nach wird es lebendiger. Die Haustüren knirschen in ihren verrosteten Angeln und durch die engen Gäßchen huschen Frauen und Kinder, in Pantoffeln, und schlendern das kleine Körbchen, das beim Bäcker mit Schrippen, oder zur Feier des Tages mit Kuchen gefüllt wird.

Kühn reden sich die beiden schlanken Türme der altergrauen Nikolakirche hinauf zu dem tiefblauen Himmel und der Glanz der siegreich aufsteigenden Morgen Sonne spiegelt sich in den vergoldeten Kreuzen der beiden Turmspitzen. Nachtdroscheln humpeln müde und schwerfällig nach Hause, während Väterjungen, die neuesten Gassenhauer pfeifend, mit schlurfenden Schritten die Kundschaft besuchen und eilfertige Zeitungsfrauen in die Häuser huschen. Zwei girlandenumwundene Krenser, aus deren Innern, dichtgedrängt, lachende, sorglose Gesichter gucken, rattern, von diden, plumpen Pferden gezogen, durch die Straße. Durch das fröhliche Stimmengewirr dringen die „schmalzigen“ Klänge einer Mundharmonika und dazwischen kreischt in schrillen Tönen eine richtige Radaflole.

Einige Frühhausschlücker eilen, mit den unvermeidlichen Stullenpaketen beladen, dem Bahnhof zu.

Die alte, dicke Gemüsehändlerin ist aus ihrem dumpfen, feuchten Keller heraufgekrochen und hat sich breit und behäbig auf der obersten Stufe aufgezogen. Mehrere Kinder, in frischgewaschenen und steifgestärkten Kleidchen, gehen mit wackelnden, wiegenden Schritten vorbei. Sie haben sich an den Händen gefaßt und singen in leierndem Tone, indem die kleinen Neugierigen schelmisch blinsen: „Guten Morgen, Frau Meier, was kosten die Eier? Die kosten 6 Dreier! Die sind mir zu teuer, adje Frau Meier!“ Die Alte droht ihnen lachend mit dem Finger.

Inzwischen rückt der Zeiger an der Turmuhr immer weiter. Jetzt beginnen die Glocken zu läuten. Dumpf und gewaltig dröhnen die Klänge durch die Morgenstille, eine Flut metallischer Töne wälzt sich über die Dächer der alten wackeligen Häuser. Die ersten Kirchgänger, mit ernstem Gesichtern und diden Gebetbüchern in Goldschnitt, verschwinden in dem geöffneten, dunklen Portal. Plötzlich hört man eine stahlharte Stimme kommandieren: „Augen — links!“ und das Stampfen schwerer Männer Schritte erschallt. Eine Truppe Soldaten, aus den verschiedenen Waffengattungen bunt zusammengewürfelt, marschiert vorbei und erweist einem vorübergehenden Vorgefetzten die vorchriftsmäßige Ehren-

bezeugung. Die jungen Krieger werden unfreiwillig zum Gottesdienst geführt, wo sie Vergleiche anstellen können zwischen den Lehren jenes großen Nazareners und den Taten seiner „Nachfolger“. In Deutschland geht eben alles auf Kommando, sogar das Beten.

Sobald erscheint eine Arbeiterfamilie, im sonntäglichen Anzug. Vater trägt die Tasche mit den Mundvorräten am Spazierstock auf dem Rücken und Mutter schleppt sich mit dem Jüngsten, zwei größere Jungen haben grüne Botanikerbüchsen umgehängt, während das Mädchen Mutterns Umhang trägt. Aus dem offenen Kirchportal brausen die Orgelflägel, und die eintretenden Frauen werfen noch einen strengen, strafenden Blick auf die „Gottlosen“. Diese kümmern sich aber nicht darum. Nach einer harten Arbeitswoche sehnen sie sich hinaus, aus der dumpfen Häuserenge, in lachende, grüne Fluren und rauschende Wälder. Die Kirche überlassen sie den anderen, denen ihre Armut im Geiste eine Anwartschaft auf die ewigen Genüsse im Jenseits verbürgt. Sie aber werden unter den natürlichen Kruppeln der Eichen und Buchen sich erbauen und sich stärken für die kommende, arbeitsreiche Woche.

Submissionswesen im Berliner Steinsegergewerbe.

Unter diesem harmlosen Titel lesen wir im „Berliner Tageblatt“ folgende Notiz:

„Der erst in diesem Frühjahr ins Leben gerufene Arbeitgeberbund für das Steinsegergewerbe hatte kürzlich, um das Submissionswesen im Berliner Steinsegergewerbe zu beseitigen, eine Eingabe an den Magistrat eingereicht, in der um eine tarifliche Festlegung der Preise, sowie um Einrichtung von Stadtbezirken, wie sie bei den Schornsteinsegeren eingeführt ist, gebeten wurde. Jetzt hat die Tiefbaudeputation des Magistrats, wie wir hören, eine Antwort dahingehend erteilt, daß vorläufig an einem festen Tarifabschluß nicht gedacht werden könne. In nächster Zeit werde aber eine zufriedenstellende Regelung des Submissionswesens vorgenommen werden.“

Dem neu gegründeten Arbeitgeberbund für das Steinsegergewerbe, der die ganze Stadt Brandenburg umfaßt, gehören alle Berliner Großfirmen bis auf zwei an. Bei dem bisher bestehenden System der Ausschreibung wurde von Seiten der Meister fast ausnahmslos mit Unterbilanz gearbeitet. Die Großfirmen beteiligten sich daher nur in ganz geringem Umfange an den Ausschreibungen, zumal da die Preise der Rohmaterialien in den letzten Jahren fortgesetzt eine Steigerung erfahren haben. Die Stadt Berlin wird durch die Preissteigerungen vorläufig noch nicht betroffen, da die abgeschlossenen Verträge noch bis zum März 1908 laufen.“

Unter dieser Gründung des Arbeitgeberbundes verbirgt sich nichts mehr und nichts weniger als die Bildung eines Ringes zum Treiben der Preise. Es klingt geradezu lachhaft, wenn es heißt, die Meister hätten fast ausnahmslos mit Unterbilanz gearbeitet. Die „armen“ reichen Steinsegermeister! Was die fortgesetzt steigenden Preise für Rohmaterialien anbetrifft, so werden die für die Stadt Berlin arbeitenden Meister davon so gut wie gar nicht betroffen, da hier die Stadt die Steine selbst liefert. Weil das aber so ist, so hätte es gerade die Stadt Berlin leicht, mit der Vergabe der Steinsegerarbeiten im Submissionswesen zu brechen, zugleich aber auch der durch die Ringbildung beabsichtigten Preistreiber ein Ende zu machen. Die Stadt soll die Steinsegerarbeiten in eigener Regie herstellen lassen und die Preistreiber damit ausschalten. Die städtische Verwaltung darf nicht zugunsten einiger reichen Steinsegermeister die Steuergelder verschleudern. Was andere Städte können, kann auch Berlin; schlimm genug, daß wir die eigene Regie nicht schon längst haben.

Noch auf der Suche.

Zimmer noch auf freiem Fuße befindet sich der anscheinend irrfinnige Verbrecher, der die Bluttaten in dem Prenzlauer Stadtviertel verübte. Dabei läßt es die Polizei an der Mähe, täglich eine Anzahl Verhaftungen vorzunehmen, nicht fehlen. Auch gestern haben wieder eine ganze Reihe von Verhaftungen stattgefunden. So wurde am Verlorenen Weg in Weihensee durch Berliner Kriminalbeamte ein Individuum festgenommen, auf das die Beschreibung des Mörders paßt. Der Verhaftete wurde in das 1. Polizeipräsidium eingeliefert. Bei seiner Vernehmung bestritt er jedoch, der Täter zu sein. Vorläufig wird der Verdächtige noch in Haft gehalten werden. Ebenso wurden in Steglitz zwei junge Leute festgenommen, die sich unter Geldversprechungen an kleine Mädchen herangemacht hatten und sie fortlocken wollten. Einer der Inhaftierten konnte jedoch bald wieder in Freiheit gesetzt werden. Auch in der Nähe der Stellen, an denen die Bluttaten verübt worden sind, wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Sie konnten aber sämtlich nicht aufrecht erhalten werden. Der Kriminalpolizei scheint es, wie eine Korrespondenz mitteilt, nunmehr sehr wünschenswert, daß einmal alle Arbeitgeber in Fabriken, Werkstätten usw. ihre Arbeiterschaft daraufhin prüfen, ob sich etwa der Täter unter ihr befinden kann. Das Augenmerk wäre besonders darauf zu richten, ob am 28. Juli vielleicht jemand in der Zeit von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr von der Arbeit weggeblieben ist oder wenn er eine Arbeitspause hatte, nach dieser ein auffallendes Wesen zur Schau trug.

Daß der Täter gerade unter den Berliner Arbeitern zu suchen ist, kann doch wohl die Ansicht der auf dem toten Punkt angelangten Kriminalpolizei nicht sein. Ebenso gut könnte der Täter auch unter den Arbeitgebern oder anderen Schichten gesucht werden.

Daß aber auch das Publikum allzu leicht geneigt ist, unschuldige Zufälligkeiten zu Verdachtsmomenten zu stampeln, beweisen eine Anzahl leichtfertiger Verhaftungen.

Dem „Berliner Tageblatt“ teilt einer der Verhafteten folgendes Erlebnis mit:

„Ich hatte gestern in dem Hause Behmestraße 23 geschäftlich zu tun und war gerade im Begriff, mir eine Hausnummer zu notieren, als ich von einem Schuttmann gefragt wurde, was ich denn schreibe. Nachdem sich der Beamte überzeugt hatte, daß es die inhaltschweren Worte „Weiche, weiche“, in fünf Minuten eine Leiche“ nicht waren, mußte ich ihm zur Wache folgen. In der Wache wurde ich einem höheren Polizeibeamten gegenübergestellt, der mich scharf fixierend fragte, ob ich der Mörder sei, was ich natürlich mit einem „Nein“ beantwortete. Darauf begann ein weiteres dreifaches Verhör, dessen Ergebnis war, daß ich gefragt wurde, ob ich schon mal mit der „frünen Winna“ gefahren wäre. Nachdem man sich überzeugt hatte, daß ich keine Selbstmordversuche machen konnte, wurde ich in eine Zelle eingeschlossen. Ich blieb bei allem sehr vergnügt, da ich ein reines Gewissen hatte; lange brauchte ich jedoch nicht mehr zu warten: nach ungefähr einer halben Stunde wurde meine Gefängniszelle geöffnet und ich hatte meine Freiheit wieder. Draußen klopfte mir ein Schuttmann auf die Schulter und meinte nach dem Signalement hinüberschielend: „Et wäre besser gewesen, wenn Se keinen Schmirbart gehabt hät'n.“

Das Beispiel mag genügen, um zu zeigen, daß bei Verhaftungen nicht immer mit der nötigen Gewissenhaftigkeit vorgegangen wird.

Die Heiratslust hatte in den letzten Jahren in Berlin zugenommen. Nach der beträchtlichen Verminderung der Eheschließungen, die in den Jahren 1901 und 1902 eingetreten war, hatte das Jahr 1903 wieder einen Aufschwung herbeigeführt, und in den Jahren 1903—1906 war dann die Zahl der Eheschließungen andauernd gestiegen. In 1900, 1901, 1902 waren 20 756, 19 638, 19 138 Ehen geschlossen worden, es ging also damals sogar die absolute Zahl der Eheschließungen zurück, obwohl die Bevölkerungszahl Berlins weiter wuchs. Dagegen brachten die Jahre 1903, 1904, 1905, 1906 mit 20 141, 21 220, 22 276, 23 245 Eheschließungen eine Steigerung der Heiratslust, die erheblich über die gleichzeitige Zunahme der Bevölkerung hinausging. Vergleicht man für die sieben Jahre 1900—1906 die jährliche Zahl der Heiratenden mit dem jeweiligen Durchschnitt der Bevölkerungszahl, so ergeben sich auf je 1000 Personen der Bevölkerung in den Jahren 1900—1902 22,26, 21,02, 20,18 Heiratende, aber in den vier Jahren 1903—1906 20,95, 21,03, 22,16, 22,52 Heiratende. Die Heiratsziffer stand, wie man sieht, im Jahre 1906 bereits wieder höher als in 1900. Aber die Betrachtung der ganzen Reihe dieser sieben Jahre läßt erkennen, daß der erneute Aufstieg, der mit dem Jahre 1903 begonnen hatte, schon in 1905 und mehr noch in 1906 sich wieder verlangsamt hat. Wie wird nun die Heiratsziffer für 1907 ausfallen? Wenn man bereits jetzt nach dem Ergebnis der ersten Jahreshälfte urteilen darf, so ist zu erwarten, daß die Steigerung der Heiratsziffer nicht nur zum Stillstand kommen, sondern vielleicht sogar wieder durch einen Rückgang abgelöst werden wird. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden in Berlin nur 11 040 Ehen geschlossen (Januar 1100, Februar 1224, März 2102, April 3376, Mai 1950, Juni 1288), während auf denselben Zeitraum des vorigen Jahres 11 114 Eheschließungen entfielen. Es ist zwar möglich, daß der Fehlbetrag, den die erste Jahreshälfte erbracht hat, durch das Ergebnis der zweiten Hälfte dieses Jahres noch wieder ausgeglichen wird.

Die kräftige Anwesenheit des Berliner Magistrats bezüglich des Bibliothekswesens erzählt im Zentralblatt für Bibliothekswesen eine scharfe Kritik: Wiederholt haben im Plenum der Stadtverordnetenversammlung wie im Staatsausschuß verschiedene sozialdemokratische Stadtverordnete, wie Heimann, Vorkmann, Bruns darauf hingewiesen, daß der Magistrat die Cohnsche und die Leoche Stiftung für Bibliothekszwecke nicht zur Erhöhung des Etats der Bibliotheken, sondern zur Entlastung des Stadtschatzels verwende, und die Wiedereinsetzung der früher von der Stadt für die Bibliotheken aufgewendeten höheren Summe in den Etat beantrage. Sie fanden dabei zwar Unterstützung durch die Stadtverordneten Nathan und Friedemann, aber der Oberbürgermeister erklärte, daß die Verwendung zugunsten der Stadt und nicht zugunsten der Bibliotheken durchaus dem Willen des Testators entspreche, und die Versammlung stellte sich mit geringer Stimmenmehrheit auf die Seite des Magistrats. Dieser Vorgang ist auf das tiefste zu bedauern. Man ist daran gewöhnt, daß die Berliner Stadtverwaltung für die Aufgaben der höheren Geisteskultur nicht entsetzt die freudige Opferwilligkeit zeigt wie andere Weltstädte oder, im Verhältnis gerechnet, wie viele andere deutschen Städte, und die Vertreter des preussischen Kultusministeriums haben wiederholt darüber im Abgeordnetenhaus ernste Klagen erhoben. Daß die Verwaltung von Berlin aber in dem Augenblick, wo private Freigebigkeit die Mittel bot, die ganz unzureichenden städtischen Wucherer erheblich aufzubessern, es fertig bringen würde, sie um den Betrag der privaten Zuwendungen zu verfürzen, das hätte doch wohl niemand vorhergesehen. Wer also in Zukunft die Berliner städtischen Bibliotheken in seinem Testament bedenken will, wird gut tun, die Klausel anzufügen, daß die Schenkung null und nichtig wird, sobald die Aufwendungen der Stadt herabgesetzt werden. Ob man im Rathaus wohl glaubt, daß das beliebte Vorgehen geeignet ist, weitere Stiftungen zu veranlassen?

Zur Vorsicht mahnt ein Verfall über den uns aus Lesenskreisen Mitteilung gemacht wird. Am Mittwoch vormittag boten herumziehende Scherenschleifer auch auf dem Hofe Codinesstr. 8 ihre Dienste an. Eine Frau übergab eine gewöhnliche Schere und ein Hackmesser mittlerer Größe zum schleifen. Nach etwa zehn Minuten brachte einer der Männer die Sachen wieder vor die Wohnung. Die Frau öffnete und wollte gleich an der Tür bezahlen. Ehe sie sich jedoch versah, trat der Mann in die Küche und forderte für die Schere 60 Pf. und für das Hackmesser 1,25 M. Die Frau bezahlte schließlich den etwas sehr hohen Betrag, weil ihr das dreiste Auftreten des Mannes eine gewisse Furcht eingejagt hatte. Wir haben von der Mitteilung Notiz genommen, damit andere Frauen bei ähnlichen Vorfällen vorsichtiger sein mögen.

Dem gebildet sein wollenden Rüpel, dessen Anwürfe wir in Nr. 177 ausnahmsweise wiedergaben, schreibt eine Leserin folgendes ins Stammbuch: „Schade, daß Sie nicht neulich mit mir zusammen einen Straßenbahnwagen der Linie 30 benutzten. Sie hätten dann, wenn Sie nicht Behauptungen wider besseres Wissen aufstellen wollten, wahrscheinlich Ihre voreilige und unvorsichtige Anzuehung unterlassen. Sie hätten aber gleichzeitig auch einen Beweis vom Gegenteil davon, womit Sie allgemein die Arbeiterschaft beschimpfen, gefunden. Jenen Wagen betrat ein wie ein Arbeiter gekleideter „Herr“, der in Wirklichkeit ein Arbeitgeber war, in stark angetrunkenem Zustande. Eine wahre Wolle von Bier und Schnaps legte sich sofort im Innern des Wagens fest und legte sich uns auf Lunge und Geruchsnerven. Es kam aber noch besser. Der „Herr“ forderte plötzlich in frechster Tone eine Greislin auf, ihm ihren Schapal einzuräumen. Ihm sei die Bequemlichkeit nötiger wie ihr! Selbstverständlich lehnte die alte Dame, die sich nicht aufregen wollte, kurz ab. Sie fand sogar nicht mal den Mut, dem Patron so zu antworten, wie er es verdiente. Nun aber legten sich andere Fahrgäste ein, und diese anderen Fahrgäste waren anständige, allerdings arbeiternmäßig gekleidete und nicht betrunkene Arbeiter. Sie verlangten vom Schaffner, daß der rohe Reel aus dem Wagen gewiesen werde, was auch geschah, und hatten nicht abel Lust, ihm handgreiflich zu zeigen, wie er das Alter zu respektieren habe. An diesem einen Fall, der sich leicht verbundertfachen ließe, können Sie, Herr Rüpel, ersehen, daß es Knobbs in jedem Stande gibt. Wenn Sie bei der Direktion der Straßenbahn beantragen wollen, daß ein Arbeiter, der mit schmutzigem Anzug von der Arbeit kommt, die Straßenbahn nicht benutzen darf, so müssen Sie folgerichtig auch verlangen, daß junge Kaufleute und andere, nicht dem Arbeiterstande angehörige Personen, die aus der Kneipe kommen und ekelhaft nach Alkohol duften, von der Mitfahrt ausgeschlossen werden. Ich für meinen Teil ziehe einen nüchternen, wenn auch notwendigerweise nicht sehr sauber gekleideten Arbeiter einem schnapsduftenden Fahrgast der sogenannten besseren Kreise entschieden vor.“

Nicht sonderlich erbauet waren vor mehreren Tagen einige Geschäftsleute in der Gerichtstraße, als ihnen eine Hauskollekte verlegt wurde. Der Privatier Sch. glaubte sich für berufen, aus Anlaß des 25jährigen Dienstjubiläums des Kriminalbeamten K. eine Kollekte zu veranstalten. Aus uns zugegangenen Zuschriften geht nun hervor, daß sich einige Geschäftsleute durch diese Bettelei belästigt fühlten. Auf der Liste waren bereits 100 M. gezeichnet, als das weitere Ziebführen derselben verboten

wurde. Demnach ist eine Genehmigung des Polizeipräsidenten für diesen Beitel nicht eingeholt worden. Mit dem Herumgehen der Lisse war ein Kriegsveteran betraut worden. Daß man gerade die Geschäftsleute zur Versteuerung eines Jubiläumsgeschenktes für „treue Dienste“ heranzog, war sicherlich eine schlaue Spekulation des Beitelunternehmers.

Fernphotographie München-Berlin. Am Mittwochabend fanden die ersten gelungenen Bildübertragungen zwischen dem Universitätslaboratorium München und der Ausstellungshalle am Zoologischen Garten statt. In der Erfindungsausstellung steht bekanntlich in der Gartenhalle eine Doppelstation (Sender und Empfänger), System Prof. Korn, welche während der Versuchsstunden in sich selbst arbeitend vorgeführt wird. Die Überstation arbeitet dann auf die benachbarte Empfängerstation und telegraphiert Bilder über einen elektrischen Widerstand, welcher etwa der Leitung Berlin-München entspricht. In München steht ein zweiter derartiger Doppelapparat. Nun hatte das Reichspostamt für Fernversuche in den Abendstunden von 9-11 eine Fernleitung nach München freigegeben, und in den letzten Tagen war in den Ausstellungshallen die direkte Leitung von den Apparatelosen zur Telephonzentrale und von dort über Amt VI zum Fernamt fertig gemacht worden. Vorgeföhrt wurde der erste Versuch auf der neuen Leitung statt, und er ist gut gelungen. Um 9 Uhr 10 Min. begann in der Ausstellungshalle Dr. Giesel, der Assistent von Professor Stern, die Leitungen abzubauen. War doch durch einfache Umschalter die Photographierleitung auch fürs Telephonieren zu gebrauchen. Um 9 Uhr 15 Min. wurde mit dem Münchener Herrn Bill die Normalzeit auf der Uhr verglichen. Um 9 Uhr 20 Min. wurden Maxima und Minima von München nach Berlin gegeben, d. h. die Arbeit der Lichtrelais geprüft. Um 9 Uhr 30 Min. ging das erste Bild von München nach Berlin ab. Die Motoren schnarrten, die Synchronisiereneinrichtung klapperte, und das Lichtrelais spielte. Nach 10 Minuten war das erste Bild gegeben. In der kommenden Woche soll nun auch von Berlin nach München gegeben und die Vorführungen sollen einem geladenen Publikum zugänglich gemacht werden.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern nachmittag an der Ecke der Bank- und Böttcherstraße zugetragen. Auf seinem Zweirade war der Stahlermeister Alfred Kühle, Schivelbeinerstr. 28 wohnhaft, die Bankstraße entlang gefahren. Beim Einbiegen in die Böttcherstraße bemerkte er nicht das Herannahen eines ebenfalls um die Ecke fahrenden Privatautomobils und da auch der Chauffeur des letzteren den Radfahrer nicht mehr rechtzeitig wahrnehmen konnte, so war eine Karambolage unermiedlich. A. wurde mitsamt seinem Rade niedergebissen und der Kraftwagen ging über die Maschine und den Fahrer hinweg. Eine längere Strecke wurde der Bedauernswerte noch mitgeschleift. Der Chauffeur brachte den Verunglückten, der sich in bewußtlosem Zustande befand, sofort in dem Automobil nach dem Lazarus-Krankenhaus. A. hatte schwere innere Verletzungen, einen komplizierten Beinbruch und erhebliche äußere Verletzungen erlitten. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Das Fahrrad wurde natürlich vollständig zertrümmert.

Unter dem Verdacht des schweren Raubes wurden der Kellner Ernst Tiller und der Drucker Karl Aufschbach verhaftet. Sie werden beschuldigt, in der Nacht zum 19. März d. J. in der Bahnhofstraße am Anhalter Bahnhof auf den Schankwirt Julius Danke jenen Lieberfall betäubt zu haben, der seinerzeit großes Aufsehen erregte. Danke betreibt in der Bahnhofstraße ein Fremdenlogis, mit dem eine Schankwirtschaft verbunden ist. In der bezeichneten Nacht mochte er um 3 Uhr auf. Ein Eindringler war in seine Wohnung eingedrungen und rief ihm zu: „Ruhig, oder ich schieße.“ Sofort brachte aber auch schon ein Schuß, und in die Brust getroffen, sank Danke, der sich im Bett aufgerichtet hatte, hintenüber. Auf das Hülfeschrei seines neunjährigen Sohnes eilten Frau S. und die Wäite des Fremdenlogis herbei. Die Verfolgung des Eindringlers, der eine silberne Uhr geraubt hatte, blieb jedoch erfolglos. Danke lag sechs Wochen im Krankenhaus am Urban und ist noch immer in ärztlicher Behandlung. Von den jetzt Verhafteten soll der eine die Tat verübt und der andere „Schmiedere gestanden“ haben.

In der Nachtruhe gestört werden nach und nach zugegangenen Mitteilungen gegenwärtig die Anwohner zwischen der Simon-Dachstraße und der Wackerstraße. Hier legt zurzeit die Große Berliner Straßenbahn die Gleise für die projektierte Linie nach Rummelsburg. Da die Linie jedenfalls bald fertig sein soll, so wird des Nachts gearbeitet. In der gestrigen Nacht wurden in genannter Gegend eine Anzahl Anwohner durch einen Höllenlärm auf der Straße, hervorgerufen durch das Herunterwerfen der auf einem Hausen liegenden Straßenbahnwagen, das Transportieren derselben zum Verwendungsort usw. aus dem Schlafe geweckt. Wenn sich nun auch bei solchen Arbeiten ein gewisses Geräusch nicht vermeiden läßt, so sollte die Behörde doch dafür Sorge tragen, daß den Bewohnern durch Ausführung solcher Arbeiten die Nachtruhe nicht geraubt wird.

Ein mit vier Personen besetztes Segelboot kenterte Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr auf der Dahme bei Grünau. Das, dem Deutschen Jachtclub gehörende Segelboot „Brunnhilde“ kreuzte zur genannten Zeit die Dahme stromaufwärts und war im Begriff zu wenden, als plötzlich eine starke Windböe einsetzte und das große Segel festlegte. Das Boot wurde umgelegt und die vier Insassen stürzten in die Fluten. Glücklicherweise waren die sämtlichen Verunglückten des Schwimmens kundig und vermochten sich solange über Wasser zu halten, bis vom Lande aus Hilfe zur Stelle war.

Ein aufregender Vorgang spielte sich am Mittwoch, abends 10 Uhr, in der Nähe des Viehhofes ab. Dort versuchte der 36 Jahre alte Arbeiter Rudolf Meyer, Liebigstr. 7 wohnhaft, seinen Schwager Max Valentin, Weidenweg 42 wohnhaft, vor dem Hause Weidenweg 43 mit einem Schlächtermesser zu erstechen. Der Angegriffene suchte sich durch die Flucht zu retten; der ihm nacheilende Meyer wurde in der Nähe des Forderbeckplatzes von Passanten aufgehalten und zwei Schutzleute übergeben. M., welcher Familienvater ist und dessen Frau zurzeit im Krankenhause sich befindet, soll die Tat aus Eifersucht ausgeführt haben.

Spurlos verschwunden sind seit einigen Tagen fünf junge Mädchen im Alter von 14-17 Jahren. In einigen Fällen wird Verschleppung oder auch Entführung angenommen. Seit fünf Tagen ist die 17jährige Alara Hoffmann aus der Kantstr. 139 verschwunden. Das junge Mädchen war bei einem in dem erwähnten Hause wohnhaften Kaufmann in Dienststellung und es entfernte sich am Tage des Verschwindens im einfachen Dauntleid. An demselben Tage verschwand die 16 Jahre alte Elisabeth Dietrich aus der Elisabethstr. 33. Die D. war mit weißem, rot garnierten Strohhut, grauer Wäse und grauem Rock mit roter Einfassung bekleidet. Auch über ihr Schicksal konnte noch nichts ermittelt werden. — Seit dem vergangenen Montag wird die 14jährige Schülerin Hedwig Bara, Ruheplatzstr. 21 bei den Eltern wohnhaft, vermißt. Es ist den Eltern unbegreiflich, aus welcher Veranlassung die Tochter verschwunden ist. Sie hat dunkelblondes Haar und ist mit blauweiß kariertem Wäse, dunklem Rock und Wäsche, gezeichnet S. W. angetan. — Spurlos verschwunden ist ferner die 15jährige Alara Schirmer aus der Oberstr. 31. Das junge Mädchen ist dunkelblond, von schlanker Figur und trägt dunkles Kattunleid mit weißen Punkten, weiße Gängehülsen und schwarze Knopfstiefel. — Schließlich wird noch das 16jährige Lehrmädchen Wally Wintermeyer aus Friedenau vermißt. Die W. ist vermutlich entführt worden. Als Täter kommt ein etwa 25jähriger Mensch aus Berlin in Betracht. Die Verschwindene ist mit gelbem Kleid mit Spitzen besetzt, gelbem Strohhut und rotbraunem Jackett bekleidet.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde vorgestern in dem Hause Rathbringerstr. 25 gefunden. Dieselbe war in ein vor der Eingangstür am Boden liegendes Paket eingeschüllt. Der Leichnam ist nach dem Scharhause gebracht worden, damit durch die gerichtliche Obduktion festgestellt werde, ob der Knabe getötet worden ist.

Ein Betriebsunfall ereignete sich am Mittwoch in der Telegraphenbauanstalt von Lorenz, Eißelbacherstr. 6/8. Dort quetschte sich ein Arbeiter am Stohwerk zwei Finger der linken Hand ab. Wie uns mitgeteilt wird, hat es an der nötigen Schutzvorrichtung gefehlt.

Die Liste Nr. 404 der ausgesperrten Tabakarbeiter ist am Sonntag von dem Beitragskassierer des Vereins Berliner Hausdiener W. Robert, Greifswalderstr. 203 wohnhaft, verloren gegangen. Auf derselben waren 175 M. gezeichnet. Der Finder wird gebeten, die Liste an genannte Adresse abzugeben.

Straßenspernung. Die Straße an der Michaelbrücke, die Michaelbrücke, die Langestraße von der Krautstraße bis zur Holzmarktstraße, die Markuststraße von der Kleinen Markuststraße bis zur Holzmarktstraße und die Köpenickerstraße von Mariannenufer bis zur östlichen Vorhöfenstraße der Kantestuffstraße wird behufs Asphaltierung vom 5. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Im Sportpark Biesdorf findet am kommenden Sonntag nachmittags 5 Uhr nochmals ein Match zwischen Bäumer, Wächner und Diezels statt.

Feuerwehrbericht. In der gestrigen Nacht wurde die Feuerwehr nach der Alsterstr. 124 alarmiert. Dort brannte Petroleum auf der Treppe. Nachts um 1 Uhr kam in der Müderstr. 2 bei Blankenburg Feuer aus. Dort standen im Erdgeschloß Kisten mit Büchern, der Fußboden, Kleider und Lumpen in Flammen. Der 1. Zug hatte in der Alexanderstr. 51-52 zu tun, wo im Keller des rechten Seitenflügels Holzwohle, Papier, Kisten, Sären und andere Immobilien in Brand geraten waren. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, das Feuer auf den Keller zu beschränken. Ferner hatte die Wehr in der Vorsichtstr. 27, Forststr. 22 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die am 30. Juli tagende Generalversammlung des Wahlvereins erörtere zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen G. Winkler, B. Grund und N. Röhner durch Erheben von ihren Eichen. Sodann verlas Genosse E. Müller die sich zur Aufnahme gemeldeten circa 100 Genossen. Wegen die Aufnahme des Köpferers R. Hilbrecht und des Schneiders A. Romeile wurde Protest erhoben und die Sache an den Vorstand verwiesen. Alsdann erfolgte die Wahl von 44 Genossen zur Generalversammlung von Groß-Berlin. Hieran hielt Genosse Dietrich ein kurzes und sachliches mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über den bevorstehenden internationalen Kongreß. Ein Antrag, dieses Referat in Druck erscheinen zu lassen, wurde dem Vorstand überwiesen. Eine Diskussion über dieses Thema wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende machte noch auf den Essener Parteitag aufmerksam; Anträge hierzu lagen jedoch nicht vor. Genosse Dietrich teilte zum Schluß noch mit, daß am Sonnabend, den 10. August ein Rezitationsabend des Wahlvereins stattfindet, zu welchem Willkürs a 30 Pf. zu haben sind.

Rigdorf.

Zwei schwere Unglücksfälle sind gestern durch dahinschneidende Schlägterfahrwerke herbeigeföhrt worden. In der Plettenstraße wurde der neunjährige Schüler Walter Böck aus der Jägerstr. 82 von einem vorüberziehenden Schlägterwagen, vor dem er sich nicht mehr in Sicherheit bringen konnte, ungerissen und überfahren. Der Knabe erlitt einen schweren Schenkelbruch sowie erhebliche äußere Verletzungen und erhielt auf der Unfallstation die erste ärztliche Hilfe. — In der Vergstraße wurde der dreizehnjährige Schüler Hermann Wille, Prinz Handjerystr. 63 wohnhaft, von einem Schlägterwagen überfahren und gleichfalls schwerverletzt in die Unfallstation eingeliefert.

Rantwig.

In der Sitzung des Wahlvereins am 30. Juli fand ein von Genossen Heimig über „Proletarische Moral“ gehaltenen Vortrag ungeteilten Beifall. Der Stand der Mitglieder hob sich von 128 im Januar auf 200 am 1. Juli. Als Delegierte wurden zur Kreisgeneralversammlung die Genossen Schindler, Prochnow, Herrmann, zur Generalversammlung Großberlins Eiserst und Prochnow bestimmt. Im September findet ein Vergnügen bei P. Ebel und im Oktober ein naturwissenschaftlicher Lichtbildervortrag ebenfalls statt.

Treptow-Baumschulweg.

Abklärg beschieden hat die Königl. Eisenbahndirektion eine Eingabe des hiesigen Kommunalvereins um Einführung des viertelstündigen Verkehrs auf der Stadtbahn und des halbstündigen Betriebes auf der Görtiger Bahn für die Strecke Berlin-Treptow. Dagegen sollen in den Winterfahrplan zwei neue Züge für diese Strecke eingestellt werden und zwar um 8⁴⁵ Uhr nachmittags auf der Stadtbahn (ab Alexanderplatz), um 6 Uhr abends vom Görtiger Bahnhof.

Eichwalde.

Ueber „Die internationale Arbeiterbewegung und der Kongreß in Stuttgart“ referierte am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung des Wahlvereins Genosse Schütte, Berlin im Lokal von Witte. Redner gab ein Bild der Bedeutung dieses Kongresses der Arbeiterschaft für die Friedenssicherung im Gegensatz zu der internationalen „Jaager Komödie“ der Diplomaten und Fürsten und besprach sodann eingehend die Tagesordnung des Kongresses, der vor allem eintreten müsse für energische Bekämpfung des Militarismus, striktes Festhalten an der Marseilledemonstration und energische Agitation für Demokratisierung des Wahlrechts und für das Wahlrecht der Frauen. Eine Diskussion fand nicht statt. — Als Delegierte zur Verbands-Generalversammlung wurden die Genossen Pölkentz und Seiser, zur Kreis-Generalversammlung die Genossen Waltherr, Schöps und Nyschke gewählt. — Unter Berücksichtigung wurde noch kurz über den Stand des Zeuthener Lokaltampfes berichtet, der in letzter Zeit für zwei Genossen polizeiliche Schutzmandate in Höhe von 45 M. brachte. Diefem Eingreifen der Behörden in den Kampf gegenüber darf es auch in Zukunft nur eine Willensbetätigung der Genossen geben: Strenge Weidung der gesperrten Zeuthener Lokale, bis dieselben nicht nur zu Vergütungen, sondern auch zu erstem Tun zur Verfügung stehen. Diese Mahnung gilt besonders auch für viele Berliner, die Zeuthen auf Ausflügen berühren.

Reinickendorf.

Daß auch die Reinickendorfer Polizei alle Hebel in Bewegung setzt, um den Rindemörder zu ergreifen, beweist eine Verhaftung vom Mittwoch früh 8 Uhr. Der Eigentümer Niemann, Liebenwalderstraße 6 wohnhaft, frühstückte gerade, als ein Reinickendorfer Gendarm sein zu Berlin gehöriges Grundstück betrat und ihn verhaftete. Er wurde nach dem Gemeindebureau geführt, woselbst seine Vernehmung erfolgte. Erst nach 12 Uhr wurde Niemann wieder freigelassen, nachdem man sich überzeugt hatte, daß A. ein vollständig unbedenklicher Mensch war. A. gibt an, daß sich einige Herren

auf dem Gemeindebureau noch lustig gemacht haben über ihren Kästling ob seines eigenartigen Aussehens. Das wäre allerdings ein Beginnen, gegen das entschieden Einspruch erhoben werden müßte. Schließlich ist es schon eine Strafe für einen Menschen, wenn er durch einen Fehlgriß verhaftet und obendrein noch vier Stunden in Gewahrsam gehalten wird.

Nieder-Schönhausen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Kassierer Genosse Salomon den Kassierbericht. Einer Einnahme von 417,15 M. steht eine Ausgabe von 379,81 M. gegenüber. An die Kreisasse wurden abgeliefert 234,00 M., für Agitation wurden 62,25 M. und für Vorträge 41,50 M. verausgabt. Hieran hielt Genosse Störmer einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Entscheiden, Werden und Vergehen“. Gegen die Mitglieder Schulz, Jocke, Carus und Halbe wird das Ausschlussverfahren aus dem Wahlverein eingeleitet, da die Betreffenden bei der jetzigen Ausperrung im Vorgeverbe gegen die Grundzüge der Organisation verstoßen haben. Die Zahl der Vorwärtsleser beträgt jetzt 344. Der Vorsitzende Genosse Paeyold ermahnte die fangeschlüssigen Genossen, sich dem Arbeitergesangverein „Zukunft“ anzuschließen. Genosse LuZ machte noch die Mitteilung, daß am Sonnabend, den 3. August, im Stabliement „Sandsouci“ ein Theaterabend stattfindet; aufgeführt wird das Stück „Ausgewiesener“. Der Ueberschuß ist für die gemahregelten Straßenbahner bestimmt. In Anbetracht des guten Zweckes ersuchte er um zahlreichen Besuch.

Bernau.

In der letzten Wahlvereinsversammlung hielt Genosse Dom-nick Berlin ein mit Beifall aufgenommenes Referat über das Thema „Macht und Recht“. Gen. Seibitz erstattete dann den Bericht von der Kreisgeneralversammlung, an den sich eine Diskussion angeschlossen. Das Stiftungsfest des Wahlvereins soll am 28. September stattfinden. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß von jetzt ab der Ort B o r n i e von den Bernauer Genossen agitatorisch zu bearbeiten sei. Es wurde dann noch die Entwicklung der „Vorwärts“-Expedition gewürdigt. Vor einem Jahre hatten wir 98 „Vorwärts“-Leser und 60 Leser der „Brandenburger Zeitung“, heute werden 306 Exemplare des „Vorwärts“ gelesen. Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, die Genossen möchten in dieser Weise weiter ihre Schuldigkeit tun, um die Zahl der „Vorwärts“-Leser zu verdoppeln.

Witterungsübersicht vom 1. August 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Schwetzingen	753	SE	4	Regen	11	Saparanda	740	RD	6	bedeckt	8
Hamburg	753	SE	7	Regen	11	Betersburg	751	S	1	bedeckt	15
Berlin	753	SE	3	Regen	11	Sollach	764	SE	1	bedeckt	14
Frankf. a. M.	763	SE	4	wolkig	13	Übersee	759	SE	3	wolkig	10
München	763	SE	4	wolkig	14	Paris	764	SE	1	bedeckt	11
Wien	762	S	2	bedeckt	15						

Wetter-Prognose für Freitag, den 2. August 1907. Regen und vorwiegend trübe mit geringeren Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 1. August vorm. 6 1/2 bei Dresden — 104 Meter dp. — Elbe bei Magdeburg 1,76 Meter. — Oder bei Ratibor 1,05 Meter. — Oder bei Breslau — 0,66 Meter. — Oder bei Brieg 2,46 Meter. — Reichensandung 1,90 Meter. — Rhein bei Raud 2,39—0,01 Meter. — Rheinschleuse bei Straßburg 3,02 + 0,02 Meter.

Soeben erschien als 13. Heft der „Arbeiter Gesundheits-Bibliothek“:

Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.

Von Dr. S. Hunter.

Preis 20 Pf.

Sie empfehlen ferner:

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. Auch in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2: Das erste Lebensjahr... von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirschmann. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anweisung.
- Heft 4: Der Achtstundentag... von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokr. Forderung.
- Heft 5: Alkoholfrage u. Arbeiterklasse von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
- Heft 6: Das Schulkind... von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten zu schützen, ist Zweck des Vorkurses.
- Heft 7: Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8: Nahrung und Ernährung... von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10: Der Arbeitersklub... von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Berufstätigen.
- Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.
- Heft 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. E. Thesing-Magdeburg. Jedes Heft kostet 20 Pf.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen. 234/14*

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68 Lindenstraße 69, Laden.

Arbeiter finden für jeden Beruf richtig gearbeitete Bekleidung in großer Auswahl Brunnenstr. 158, jetzt Gelber Laden.